

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Hohe Löhne – eine wirtschaftliche Notwendigkeit



Hohe Löhne sind das Heil der über alle Maßen vervollständigten Wirtschaft. Sie haben die Kraft, die Wellenbewegung von Hochkonjunktur und Wirtschaft wesentlich zu mildern. Die Unternehmer sind meistens anderer Meinung. In diesem Meinungskampf ist den Gewerkschaften ein wertvoller Bundesgenosse in Gestalt eines Buches entstanden, das im Verlage der Heidelberger Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Heidelberg, vor kurzem unter dem Titel „Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne“ erschien. Diese theoretisch gründliche Arbeit stammt von Dr. Karl Massar und ist eine erweiterte Preisarbeit der Universität Heidelberg. Daß eine solche Arbeit mit einem Preise bedacht wurde, ist zugleich ein ehrendes Zeugnis für dieses Institut. Die Schrift verdient in gewerkschaftlichen Kreisen die größte Beachtung. Sie ist ein volkswirtschaftliches Lesebuch eines jeden Gewerkschaftsfunktionärs. Das Buch dient den nachfolgenden Ausführungen teilweise als Unterlage. Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter kann sich auf die Konsumtion und Produktion verschieden auswirken. Sie kann auf Kosten des Unternehmergewinns gehen, der von der Unternehmerklasse persönlich verzehrt wird. Was der Unternehmer zum persönlichen Gebrauch weniger hat, erhält der Arbeiter mehr. Die Einschränkung des Unternehmergewinns wird sich vor allen Dingen in einer Verminderung des Luxuskonsums auswirken. Bei den Arbeitern wird sie sich in einer Erweiterung des Bedarfskonsums bemerkbar machen. Eine Lohnerhöhung kann ferner direkt auf Kosten aller Konsumenten gehen, indem sie von dem Unternehmer auf die Preise geschlagen und damit die Ware verteuert wird. Die Frage der Abwälzung von Lohnerhöhungen auf die Konsumenten oder andere Schichten der Bevölkerung spielt in der Wirtschaftswissenschaft eine große Rolle. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß jede Lohnerhöhung Preiserhöhungen nach sich ziehen müsse und damit der Erfolg der ersteren umsonst gewesen sei. Ein Moment ist aber unter allen Umständen zu beachten: Erhält die große Masse der Bevölkerung

mehr Kaufkraft, dann findet eine Erweiterung des Massenkonsums und eine Einschränkung des Luxuskonsums statt. Verschiebungen auf der Konsumseite haben Umlagerungen in dem Mechanismus der Produktion zur Folge. Bezüglich der Einwirkungen des gesteigerten Massenkonsums und der damit

geförderten Massenproduktion ist vor allem das Bestreben beachtlich, Vergeudung von Energien in der Produktion zu vermeiden und durch Einführung neuer und verbesserter Maschinen die Rentabilität des Betriebes zu heben. Kurzum, es tritt das zutage, was wir mit dem Worte Rationalisierung bezeichnen. Hohe Löhne haben sich in Amerika, in Deutschland und anderen Ländern als der stärkste Motor der Rationalisierung gezeigt. Gesteigerter Massenkonsum, erweiterte Massenproduktion und Rationalisierung bilden eine Stufenfolge. Die Rationalisierung zeigt sich in der Verminderung der Arbeitskraft. Dadurch werden wirtschaftliche Erfolge in das Gegenteil verwandelt. Jede Ermäßigung des Lohnfonds durch Ausschaltung von Arbeitermassen bedeutet eine Verminderung der Kaufkraft und ist somit volkswirtschaftlich schädigend.

In der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung hat sich eine Erhöhung der Löhne in einer gewissen Verschwendung, z. B. einem höheren Konsum geistiger Getränke usw., ausgewirkt. Bei zunehmender Kultur der Arbeiterklasse haben Einkommenssteigerungen in erster Linie eine bessere

### Das Brot

Gebenedeit sei jede Krume  
Und jede Scholle, die erhebt,  
Aus der sich Gras und Korn und Blume  
Subrünftig in den Himmel hebt.

Des Himmels tausende Verwandlung  
In Sonne, Sturm und Regen schwingt,  
Das Feld in schöpferischer Handlung  
Die Körner in die Ähren zwingt.

In deiner Breite goldnes Rauschen  
Schmiegt sich mein milder Körper ein,  
Ich will in deine Wandlung lauschen,  
Ich will das Brot der Seele sein!

Du Brot in sichbepflühten Halmen!  
Und plötzlich bin ich tief erschredt:  
Auch das ist Brot, wenn Werke qualmen!  
Brot ist im Bergwert tief verstedt!

Brot ist im Künstler aufgerichtet,  
Brot ist in Eisen, Dampf und Gold,  
Brot ist im Bahnhof aufgeschichtet,  
Aus dem der Sturm die Flüge rollt.

Brot ist im Sausen der Maschine,  
Im Flugzeug, Dampfer, Kupferdraht,  
Im Adlerschwung, im Flug der Biene:  
Brot ist die schöpferische Tat!

Max Barthel

Lebenshaltung und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse zur Folge gehabt. Ein Arbeiter, der auf Grund eines geringen Lohnes sich nur schlecht zu ernähren imstande ist, vermag nur verhältnismäßig wenig zu leisten. Die Familie eines solchen Arbeiters leidet Not und die Kinder wachsen zu nicht voll leistungsfähigen Arbeitskräften heran. Der schlecht genährte Arbeiter wird nur mürrisch zur Arbeit gehen, seine wirtschaftlichen Sorgen lassen seine Arbeitsfreude nicht aufkommen. Dagegen haben die Worte von Hertner ihre volle Berechtigung: „Je kräftiger und gesunder ein Arbeiter ist, desto größer ist sein Vorrat an Energie, desto größer sein Drang zur Betätigung, desto leichter fällt ihm die Arbeit.“ Der gut bezahlte Arbeiter ist nicht mürrisch, sondern froh gestimmt.

Auf das Bevölkerungsproblem ist der Lebensstandard der breiten Massen von großem Einfluß. Die Ansichten von Malthus und Lassalle, daß bei erhöhten Löhnen die Arbeiterklasse sich rasch vermehren würde, so daß das Neugeborene von Händen die vorher errungenen Erfolge wieder beseitige, hat sich als irrtümlich erwiesen. Lassalles ehernes Lohngesetz war eine theoretische Fehlkonstruktion. Richtig ist, daß der niedrig gestellte Arbeiter infolge Mangels kultureller Zerstreuungen sich viel mehr dem Geschlechtsverkehr hingibt als der Empfänger eines hohen Lohnes, der in guten Verhältnissen lebt. Hochgestellte Arbeiter und Angestellte setzen weniger gedankenlos eine große Zahl von Kindern in die Welt. Die Qualität eines Volkes wirkt sich in der Quantität desselben aus.

Die kapitalistische Produktion ist gekennzeichnet durch das Mißverhältnis zwischen der Kaufkraft und der Ergiebigkeit der Arbeit. Daraus ergeben sich die Wellenbewegungen der Krise und die Hochkonjunktur. Krisen durch eine Senkung der Lohnsätze mildern zu wollen, wird sich als ein Fehlschlag erweisen müssen. Die Unternehmer halten einen solchen Weg volkswirtschaftlich für richtig und notwendig. In Wirklichkeit wird die Krise dadurch verschlimmert und die Aussichten auf eine Besserung der Wirtschaftslage vermindert. Solange die Produktion planlos auf einem mutmaßlichen Bedürfnis aufgebaut ist, solange wird es Krisenzeiten geben. Hohe Löhne werden zwar die Schwankungen der Wirtschaftslage nicht ganz vermindern, dennoch haben sie die Kraft, Krisen hinauszuschieben und abzuschwächen und die Zeiten guter Geschäftslage zu verlängern. Hohe Löhne vermögen die Schäden der privatkapitalistischen Wirtschaft in weitestgehendem Maße auszugleichen. Aus diesem Grunde haben sich selbst amerikanische

Unternehmer gegen Lohnsenkungen erklärt. Nach einer Uebergangszeit haben nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Unternehmer an dem gesteigerten Lebensstandard dauernden Nutzen.

Die Behauptungen der Unternehmer und ihrer wissenschaftlichen Kumpane sind eine gradlinige Fortsetzung der Theorie Ricardos. Die Arbeitslosigkeit ist nicht eine Folge hoher Löhne, sondern des niederen Lebensstandards in Europa. Niedrige Einkommen der breiten Massen haben die Tendenz, fortzeugend immer weitere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Störungen hervorzurufen. „Hohe Löhne bewirken erhöhten Absatz und flüssigere Wirtschaftsgebarung, sie reißen die Wirtschaft heraus aus Schlappeit und Erschöpfung, geben der Konsumtion neue Mittel und spannen die hinter der Produktion stehenden Kräfte an. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit Stockung der Absatzmöglichkeit, Stockung in der Produktion und wirtschaftlichem Stillstand. Die Geschichte beweist, daß diejenigen Länder, deren Arbeiterschaft hohe Löhne bezieht, die wohlhabenderen, moralisch und intellektuell höherstehenden und technisch fortgeschritteneren sind.“ Zu diesen logischen Ergebnissen gelangte Herr Dr. Massar. Und es ist daher durchaus erklärlich, daß er noch einen Schritt weitergeht und aus seinen Untersuchungen folgenden Schluß zieht:

„Wenn daher die Arbeiterschaft geschlossen und in Gewerkschaften organisiert zur rechten Zeit und in rechtem Maße Lohnerrhöhungen erzwingt, dann erfüllt sie nicht nur eine privatwirtschaftlich erwünschte, sondern auch volkswirtschaftlich berechnete Forderung“. Wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Einsicht hätten, dann müßte ihr Interesse auf nichts anderes als auf eine Stärkung der Gewerkschaften gerichtet sein. U.

## Der Mißbrauch der Indexziffer für Lebenshaltungskosten

Die reichsamtlichen Indexziffern für Lebenshaltungskosten gewinnen bei Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern größere Bedeutung, als sie ihrem Wesen nach verdienen. Als absoluter Maßstab für die Berechnung der Höhe der Reallöhne sind die Indexziffern unbrauchbar. Gegen die Berechnung der Reallöhne auf Grund des Lebenshaltungsindex, die in den Jahren 1923/24 von reichsamtlicher Seite erfolgte, hat der Bundesvorstand des ADGB. mit gutem Recht Einspruch erhoben. Seitdem ist die amtliche Berechnung der Reallöhne unterblieben. Die amtlichen Veröffentlichungen über die Höhe der deutschen Löhne bringen nur den jeweiligen Stand der Nominallohne.

Ueber das Wesen des Reichsindex für Lebenshaltungskosten herrscht in der Öffentlichkeit größte Unklarheit.

Der Index wird vielfach als eine gewisse Lebenshaltungsnorm angesehen, und zwar so, daß die monatlich berechneten Reichsindexzahlen einen genauen Maßstab darstellen sollen, an Hand dessen mit Hilfe der Berechnungsgrundlagen der geldliche Wert des Existenzminimums ermittelt werden kann, wobei die Berechnungsgrundlagen des Index fälschlich dem Existenzminimum gleichgestellt werden. Auch wird der Index als eine Art Wirtschaftsvoranschlag betrachtet, mit dessen Hilfe man glaubt, einen genauen Wirtschaftsplanaufstellen zu können, der sogar für verschiedene Verhältnisse variabel gedacht wird, als man glaubt an der einen Position etwas sparen zu können, das man an nötiger scheinender Stelle zusetzt.

Wer also die Berechnungsgrundlagen des Index als ein Existenzminimum ansieht, wird geneigt sein, an der Indexziffer die jeweilige Kaufkraft des Lohnes, also die Höhe der Reallöhne zu messen. Anders verfährt wiederum derjenige, der die Berechnungsgrundlagen gänzlich außer acht läßt und nur die Meßziffern oder Grade gelten läßt. Bei den öffentlich geführten Betrachtungen über die gleitende Lohnskala in den Jahren 1921/22 wurde stark der Gedanke propagiert, die Löhne entsprechend dem Sinken oder Steigen der Indexziffern sinken oder steigen zu lassen, was einer amtlichen Verantwortung des „Ehernen Lohngesetzes“ gleichgekommen wäre.

Die Arbeitgeberseite ist bemüht, in ganz unzulässiger, dem Wesen und Zweck der reichsamtlichen Indexziffern widersprechender Art die Indexziffern bei den Lohnverhandlungen zu verwerten, wobei nur allzu deutlich die Innehaltung der Tendenz der gleitenden Lohnskala gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiter bemerkbar

wird. In all den Fällen, wo die Löhne der Arbeiter, insbesondere der ungelerten, noch nicht einmal die Höhe haben, die die für die Berechnung des Index dienende Teuerungsziffer besitzt, lehnen sie es aber ab, die Teuerungszahlen als Mindesteinkommen gelten zu lassen. Solche Methoden verdienen öffentliche Kritik, insbesondere, wenn grobe Irreführungen mit Hilfe der Indexziffern beliebt werden. Ein Beispiel dafür liefert der Syndikus des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, Herr Feuerherdt.

Um die Lohnforderung der Straßen- und Wegewärter im Bereiche des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes vor dem Zentralausschuß zu entkräften, hat Herr Feuerherdt mit Hilfe der Reichsindexziffern den Versuch unternommen, die Kaufkraft der Straßen-

### Realwert der Straßenwärterlöhne in den Jahren 1924—1927.

a) Methode Feuerherdt, b) 1 u. 2 Methode der Arbeiter.

|   | Jahre             |                   |                   |                   |                   |                   |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
|   | 1914              | Jan. 1924         | Jan. 1925         | Jan. 1926         | Jan. 1927         | März 1927         |
| a) Methode Feuerherdt.  |                   |                   |                   |                   |                   |                   |
| Reichsindex für Lebenshaltung   | 100               | 125,9             | 135,6             | 139,8             | 144,6             | 144,9             |
| Stundenlohn (ohne Berücksichtigung der Arbeitszeit 1914)  | 26                | 32                | 46                | 57                | 57                | 57                |
| Danach berechneter Realwert des Lohnes  | 100               | 97                | 131               | 158               | 150               | 150               |
| b) Methode der Arbeiter.  |                   |                   |                   |                   |                   |                   |
| 1. Tagelöhne unter Berücksichtigung der 1914 bzw. 1924 bis 1927 üblichen Arbeitszeiten  | 2,60 <sup>1</sup> | 2,56 <sup>2</sup> | 3,68 <sup>3</sup> | 4,56 <sup>3</sup> | 4,56 <sup>2</sup> | 4,56 <sup>2</sup> |
| Danach berechneter Realwert des Lohnes  | 100               | 78                | 96                | 126               | 121               | 121               |
| 2. Stunden- bzw. Tagelöhne unter Berücksichtigung der amtlichen Ortslöhne vom Jahre 1914. Auf Grund der amtlichen Ortslöhne für das Jahr 1914 errechneter durchschnittlicher Tagelohn | 3,—               | 2,56              | 3,68              | 4,56              | 4,56              | 4,56              |
| Stundenlohn   | 37,5              | 32                | 46                | 57                | 57                | 57                |
| Realwert des Lohnes   | 100               | 67,3              | 90,2              | 108,5             | 104,6             | 104,6             |

<sup>1</sup> Tagelohn bei 10 stündiger Arbeitszeit. <sup>2</sup> Tagelohn bei 8 stündiger Arbeitszeit.

wärterlöhne für März 1927 um das 1½fache gegen 1914 nachzuweisen. Nur mit Hilfe einer Täuschung ist solche Beweisführung möglich. Herr Feuerherdt hat für das Jahr 1914 (siehe Tabelle) einen Stundenlohn von 26 Pf. eingefetzt. Zugegeben, daß solche erbärmlich niedrigen Stundenlöhne im Jahre 1914 gezahlt worden sind, so muß dabei berücksichtigt werden, daß der Stundenlohn 1914 nicht mal 8 Stunden, sondern mal 10 oder mehr Stunden berechnet wurde, also der Straßenwärter nicht 26 Pf. mal 8 Stunden gleich 2,08 Mk., sondern 26 Pf. mal 10 Stunden gleich 2,60 Mk. an Tageslohn, sofern er als vollbeschäftigter Arbeiter in Frage kam, erhalten hat. In der Vorkriegszeit sind in diesen Betrieben Tageslöhne, Wochen- bzw. auch Monatslöhne üblich gewesen. Ein Tageslohn von 2,08 Mk., falls er wirklich gezahlt worden sein sollte, wäre als ein Hungerlohn schlimmsten Grades anzusprechen gewesen und kann als Grundlage für den Nachweis der Kaufkraft des Lohnes niemals Verwendung finden, am allerwenigsten mit Hilfe eines Maßstabes, dessen Grundelement den Lohn um mehr als das Doppelte übersteigt. Nach den Wertigkeitsgrößen bzw. der Grundlage des Lebenshaltungsindex, die in diesem Falle als Mindesteinkommen zu gelten hätten, hätte im Jahre 1914 der Stundenlohn eines Straßenwärters bei täglich 10stündiger Arbeitszeit 52,5 Pf., bei täglich achtfündiger Arbeitszeit sogar 65,6 Pf. betragen müssen. Nur in solchem Falle wäre es allenfalls zulässig, die Indeziffer als Maßstab für Errechnung der Höhe des Reallohnes im März 1927 zu verwenden. Solches gebietet allein schon die wissenschaftliche Ehrlichkeit, ganz zu schweigen vom bürgerlichen Anstand. Es ist, wie die Tabelle b Ziffer 1 zeigt, ein gewaltiger Unterschied, ob der Stundenlohn ohne Angabe der täglichen Arbeitszeit oder der Tageslohn mit Angabe der Dauer der täglichen Arbeitszeit als Ausgangspunkt für die Berechnung des Realwertes des Lohnes gewählt wird. Beträgt der mit 26 Pf. für das Jahr 1914 eingefetzte Lohn bei einer Indeziffer von 144,9 und einer Lohnhöhe von 57 Pf. im März 1927 einen Realwert von 150 (Methode Feuerherdt), so der gleiche Stundenlohn von 57 Pf. nur einen Realwert von 121 gegen 100 im Jahre 1914, wenn nicht der Stundenlohn ohne Berücksichtigung der täglichen Arbeitszeit, sondern der Stundenlohn auch als Tageslohn berücksichtigt wird und zum Ausgangspunkt der Berechnungen gewählt wird. Noch ungünstiger wird die Höhe des Reallohnes unter Zugrundelegung der im Jahre 1914 üblichen Ortslöhne, die amtlich als Tagelöhne festgesetzt wurden. Dazu ist noch besonders zu bemerken, daß die Ortslöhne gegenüber den Löhnen

in der Privatindustrie sehr niedrig angelegt waren, den niedrigsten Grad darstellen. Im Bereiche des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes betrug der Durchschnitt der Ortslöhne rund 3,— Mk., was bei einer täglich zehnstündigen Arbeitszeit einen Stundenlohn von 37,5 Pf. ergibt. Einen Stundenlohn von 37,5 Pf. bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit dürfte im Jahre 1914 die Tätigkeit eines Straßenwärters gewiß wert gewesen sein. Mißt man den Stundenlohn von 37,5 Pf. mit der Indeziffer von 144,9, dann ergibt es ein Soll von rund 54 Pf. Es beträgt auf Grund solcher Berechnung der Realwert des Lohnes nicht 150 nach Herrn Feuerherdt, sondern genau gerechnet nur 104,6 und Januar 1924 nicht 97, sondern nur 67,3 gegen 100 im Jahre 1914. Die Berechnungsmethode des Herrn Feuerherdt zeigt jedenfalls mit klarer Deutlichkeit, wie die Indeziffer für Lebenshaltung zur Irreführung über den Realwert der Löhne mißbraucht werden kann. Leider muß gesagt werden, daß die Arbeitgeberseite nur zu oft mit solchen oder ähnlichen irreführenden Methoden den Realwert der Löhne günstiger darzustellen sucht. Eine zulässige Grenze für Irreführungen vom Standpunkt der Wahrung berechtigter Interessen gibt es nicht, es müssen deshalb alle Methoden, deren Anwendung Irreführungen zur Folge haben, auch von Arbeitgeberseite aus grundsätzlich abgelehnt werden; solches gebietet die öffentliche Moral, die Ehrlichkeit, die auch bei Lohnkämpfen beachtet werden sollte.

Die Indeziffern für Lebenshaltungskosten sind zum Messen der Löhne bezüglich des Realwertes ungeeignet. Soll für die Kaufkraft des Lohnes ein Maßstab Verwendung finden, so gibt einen solchen am besten der gesunde menschliche Magen ab. Auf der Grundlage eines durchschnittlichen Verbrauchs an Nahrungsmitteln einer Normalfamilie, wie sie die seelische und körperliche Gesunderhaltung der menschlichen Arbeitskraft erfordert, läßt sich schon ein zuverlässiger Maßstab aufbauen. In einem Maßstab, der dann gleichzeitig als Lebensstandard Geltung haben kann, dürfen freilich die Ernährungsfragen nicht mehr als 45 Proz. der Gesamtausgaben für Lebenshaltung ausmachen.

Die Erkenntnis, daß von der Kaufkraft der breiten Volksmassen, also vornehmlich der Lohnempfänger, allein eine gesunde Volkswirtschaft dauernd abhängt, ist bereits auch in manche bürgerliche oder besser gesagt privatkapitalistisch eingestellte Wirtschaftskreise gedrungen. Und die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber, insbesondere ihre Syndikate, sollten den Eindruck vermeiden, daß gerade ihnen diese Erkenntnis fehlt.

## Regiebetriebe

Eine der heißumstrittensten Fragen auf kommunalpolitischem Gebiet sind die Regiebetriebe. Der Bestand der Betriebe, soweit nicht Wohlfahrtsbetriebe in Frage kommen, hängt ab von der politischen Zusammensetzung der Parlamente, der Einstellung der Betriebsleiter und der darin beschäftigten Arbeiterschaft.

Das private Unternehmertum, dessen Sprachrohr die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten sind, läßt bei jeder Debatte, wo es sich um Regiebetriebe handelt, erklären, daß die Betriebe unwirtschaftlich seien oder aber der Betrieb und dessen Zweck er verfolgt, gehe über den Rahmen der Aufgaben einer Gemeinde hinaus. Vor allen Dingen sind es die technischen Betriebe sowie die Bau- und Verkehrsbetriebe, die den heftigsten Angriffen ausgesetzt sind. Bei den technischen Betrieben bemängelt man den geringen Uberschuß, und glaubt durch Umbildung der Betriebsform unter Zuhilfenahme privaten Kapitals ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen entstehen zu lassen, das größere Gewinne abwerfen soll — natürlich für das private Kapital. Gleichzeitig könnte durch Sonderpreise der „notleidenden“ Industrie geholfen werden, das alles zusammen aber auf Kosten der kleinen Konsumenten. Es ist nur gut, daß die letzten Wahlen diesem bürgerlichen Spul ein Ende bereiteten. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß den Gemeinden in ihrer Handlungsfreiheit durch Reichs- und Landesgesetze so enge Schranken gezogen sind. Unsere Genossen in Wien ließen durch den Oberbürgermeister Genossen Seiz folgende Erklärung über die Monopolbetriebe abgeben: „Die städtischen Monopole werden im Interesse der Bevölkerung ohne Gewinn lediglich zur Deckung der Selbstkosten und zur Bestreitung der notwendigen Investitionen geführt“, d. h. mit anderen Worten, Gas, Wasser und Strom kommen zum Erzeugerpreis an die Bevölkerung und wir sind bestrebt, mit Hilfe der Technik die jetzt bestehenden Preise noch mehr zu senken, um alle Volksgenossen einer höheren Kultur teilhaftig werden zu lassen.

Das Fundament der Regiebetriebe ist ihre Wirtschaftlichkeit. Diese Wirtschaftlichkeit kann sich auswirken, indem man Betriebe, die für die Gemeinde wichtig sind, entweder übernimmt oder er-

richtet, um dadurch eine dem Interesse der Allgemeinheit dienende Wirtschaftspolitik zu treiben; oder aber man ist bestrebt, die Allgemeinheit vor privaten preisbildnerischen Monopolen zu schützen. Das gesamte Bauunternehmertum führt bei seinen Angriffen gegen den kommunalen Wohnungsbau und die von der Arbeiterschaft errichteten Bauwütten deren geringe Gewinne an, und verlangt eine höhere Gewinnquote. Darin liegt aber nicht die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe, sondern in ihrer preislenkenden Tendenz. Denn es ist doch festgestellt worden, wo kommunale und gemeinnützige Bau-gesellschaften dominieren — vorausgesetzt unter einer guten Leitung — die Herstellungspreise bedeutend niedriger sind als dort, wo ein preisregulierender Betrieb fehlt. Wenn jenen Kreisen, die einen hohen Uberschuß von den kommunalen Betrieben verlangen, Rechnung getragen würde, so wäre die nächste Folge eine Erhöhung der Herstellungspreise, um den beantragten Reingewinn zu erzielen. Die weitere Folge wäre ein Steigen der gesamten Herstellungspreise, von denen das Bauunternehmertum den Nutzen und die Allgemeinheit durch die Zahlung erhöhter Mieten den Nachteil hätte. Für die Regiebetriebe liegt nicht der Vorteil für die Allgemeinheit im Gewinn des Unternehmens, sondern in der Hauptsache ist es die preislenkende Wirkung, die der Allgemeinheit Vorteil bringt.

Um nun diese Gegner von ihrer Wählerschaft zu isolieren und ihren politischen Einfluß bei den kommenden Wahlen zu schwächen, ist es notwendig, den Beweis für unsere Auffassung zu erbringen. Eine Arbeitermehrheit kann die besten Beschlüsse fassen und trotzdem können sie scheitern, wenn die Leiter der betreffenden Betriebe versagen. Die verschiedenen politischen Auffassungen im öffentlichen Leben spiegeln sich auch in kommunalen Betrieben wider, und die Leiter der einzelnen Betriebe werden stark beeinflusst von der jeweils herrschenden politischen Meinung des Parlaments.

Diese politischen Schwankungen dürften eigentlich in kommunalen Betrieben keine Rolle spielen. Der Leiter wird eingestellt als Treuhänder und Führer der Betriebe, die der Allgemeinheit gehören, und hat demzufolge im Sinne der Gemeinwirtschaft seine

Aufgaben zu lösen. Kein Unternehmer wird es dulden, daß eine seiner leitenden Personen gegen die Interessen des Betriebes arbeitet. Handelt nun ein Leiter im Sinne der Gemeinwirtschaft, so wird er ohne weiteres von deren Gegnern, wenn sie sich in der Minderheit befinden, einer starken Kritik ausgesetzt sein. Wenn nun diese Minderheit bei Neuwahlen die Mehrheit erhält, so werden bei seiner Wiederwahl es ihm seine Gegner stark fühlen lassen. Deshalb ist ein Leiter, der Gemeinwirtschaftler ist, Hemmungen unterworfen, die weder in der Person, noch in der Führung des Betriebes liegen, sondern lediglich auf politischem Gebiet ihre Ursache haben. Hauptentscheidend bei der Auswahl der Leiter müßte sein, daß sie ihre ganze Person einsehen für die Interessen der Allgemeinheit und nicht für eine bestimmte Interessengruppe.

Wenn schon die Leitung dem Wechsel unterworfen ist, so ist folgerichtig auch der kommunale Betrieb mit inbegriffen, dessen Schicksal wiederum von den politischen Machtverhältnissen abhängig ist. Wenn ein Regiebetrieb sich als unliebsamer Konkurrent der Privatindustrie erweist, so wird das gesamte Unternehmertum und deren Anhänger die Mittel stark beschneiden, die der Betrieb zu seiner günstigen Fortentwicklung braucht. Die Ueberschüsse, die der Betrieb erbracht hatte, werden dann restlos zu anderen Zwecken verwendet, insoweit der Betrieb weder auf der Höhe gehalten werden, noch in technischer Beziehung sich fortentwickeln kann. Die Folge davon ist, wenn nicht sofort Mittel zur Verfügung gestellt werden, mangelnde Konkurrenzfähigkeit, die sich entweder in einer Preiserhöhung oder weiteren Zuschußbedarfs auswirkt. Aber beide Pflasterposten werden zu Aktivposten bei der Privatindustrie, die einen lästigen Konkurrenten ausgeschaltet hat, der dem Monopologedanken hinderlich war. Wenn ich bei den Leitern der kommunalen Betriebe die politische Auffassung nicht in den Vordergrund gerückt habe, so sind bei der Beurteilung die Wiener Verhältnisse maßgebend gewesen. Der gesamte Stadtrat ist dort sozialistisch, die leitenden Beamten aber sind zum größten Teil vom alten Regime mit übernommen worden. Aber alle sind beherrscht von dem einen Gedanken, der Allgemeinheit zu dienen. Die Erfolge des gemeinsamen Wirkens zum Wohle aller hat sich bei den letzten Gemeindevahlen glänzend erwiesen und hat die sozialistische Herrschaft stabilisiert. Diese Stabilisierung hat den ungeheuren Vorteil eines dauernden wirtschaftlichen Aufstiegs der kommunalen Unternehmungen.

Eine der Lebensfragen der Regiebetriebe überhaupt ist die Wirtschaftlichkeit derselben. Es dreht sich hier nicht um das Prinzip, sondern um den Erfolg. Kein betriebstechnisch betrachtet müssen Regiebetriebe, um der Privatindustrie mit Ausnahme der Schmuckkonkurrenz gleichwertig zu sein, technisch und organisatorisch auf möglichst hoher Stufe stehen. Ein Regiebetrieb, der technisch veraltet ist, ist kein ernsther Konkurrent, und wenn er trotzdem konkurrieren will, geschieht es auf Kosten der darin beschäftigten Arbeiter. Einen solchen Regiebetrieb aufrechtzuerhalten, muß aber rundweg abgelehnt werden. Vor allen Dingen muß dann eine organisatorische Umstellung der Betriebe erfolgen, wie es bei der Privatindustrie der Fall ist. Darüber bin ich mir klar, daß ich ein sehr heißes Eisen berühre mit dem Schlagwort „Rationalisierung“, die aber der Privatindustrie zu ihrem Aufstieg verholpen hat. Aber ein anderer Ausweg für die verbenden Unternehmungen und solcher, die mit der Privatindustrie in Konkurrenz stehen, ist schlecht möglich. Die Rationalisierung, wie sie für uns als Sozialisten und Kommunalpolitiker in Frage kommt, wäre folgende: Mit Hilfe der Technik und einer zweckmäßigen Betriebsorganisation ist unter Schonung der menschlichen Arbeitskraft der höchste Leistungsertrag anzustreben. Die dadurch erzielten wirtschaftlichen Vorteile kommen einerseits der Allgemeinheit durch Preisentkung der Produkte zugute, ein Teil des Gewinnes fließt der Fürsorge zu, ein anderer Teil dient zur technischen Unterhaltung und Erneuerung des Betriebes, und weiter gewinnen die Beschäftigten durch erhöhte Löhne. Nun gehört ja zu dieser Umstellung Betriebskapital. Wenn nun die Mittel, die der betreffende Betrieb braucht, in öffentlicher Verhandlung zur Debatte stehen, so kommt es häufig vor, daß nur ein Teil davon bewilligt, der Rest aber auf die nächsten Jahre verteilt wird. Richtiger wäre es, dem Betrieb sofort die Mittel zur Verfügung zu stellen, die er um seiner Existenz und Aufgaben willen braucht, und sei es in Form von Leihkapital aus Stadtmitteln. Der Betrieb wird sofort ertragefähig in Produktion und Ueberschuß, während er bei Teilbewilligungen oft technisch längst überholt ist, wenn die letzte Rate bewilligt wird. Ist der Betrieb aber technisch auf der Höhe, so wird er auch der Privatindustrie gegenüber standhalten können. Wie wirtschaftlich in der Begehung unsere Wiener Genossen denken, sei an einigen Beispielen demonstriert.

Um den Wohnungsbau nicht zu gefährden, mußten die steigenden Preise der Ziegelindustrie unterbunden werden. Es wurde von

der Gemeinde Wien eines der modernsten Ziegelwerke auf dem Kontinent errichtet. Der Erfolg: Die Gemeinde Wien distiiert die Ziegelpreise und das von der Gemeinde in diesen Betrieb gesteckte Leihkapital verzinst sich mit 20 Proz.

Die kommunale Müllabfuhr hat einen Abfuhrpreis pro Kübel von 23 Gr. = 13,8 Pf. errechnet. Ein Privatunternehmer bietet der Stadt einen Vertrag an, nach welchem er pro Kübel für 22 Gr. = 13,2 Pf. die Müllabfuhr unter denselben Arbeitsbedingungen übernehmen will. Der Leiter erklärte mir, wenn wir nicht in der Lage sind, diese 0,6 Pf. zu drücken, bekommt diese Arbeit der Unternehmer. Die 50 000 Mk., die dadurch jährlich erspart werden, können der Fürsorge sehr gute Dienste leisten. Es ist unseren Wiener Genossen gelungen, die Müllabfuhr als kommunales Unternehmen zu erhalten.

Das Marmorwerk der Stadt Wien, ein mit allen neuzeitlichen Hilfsmitteln ausgestatteter Betrieb, bewirbt sich um eine Plattenlieferung für die Gemeinde. Das Angebot des Marmorwerkes war 5 Proz. höher als das der Privatindustrie. Die Gemeinde hat dem Werk mitgeteilt, wenn die 5 Proz. nicht herabgesetzt werden könnten, müsse der Auftrag der Privatindustrie übergeben werden.

Nur durch wirtschaftliches Denken und Handeln sind die meisten Erfolge unserer Wiener Genossen erzielt worden.

Die politischen Vertretungen der Arbeiterschaft wie die leitenden Beamten der Betriebe können ohne innere Anteilnahme der bei der Gemeinde beschäftigten Arbeiterschaft keine nennenswerten Erfolge erzielen. Es mag sonderbar erscheinen und hat doch seine Richtigkeit, daß die Arbeitervertreter im Parlament, dazu die Werkleitungen, soweit sie gemeinwirtschaftlich eingestellt sind, nicht der kommunalen Arbeiterschaft eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Arbeitet ein Teil gegen den anderen, so werden diese Reibungen dem Betriebe schweren Schaden bringen. Abwegig ist daher die Auffassung, die sozialen Belange der Arbeiterschaft der der Privatindustrie anzugleichen. Die Gemeinden setzen unter den Fürsorgelasten, die Privatwirtschaft durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, schlechte Löhne sowie ihre kapitalistische Rationalisierung verursacht hat.

Um endlich einmal der privaten Wirtschaft zu beweisen, und eine Breche in das Unternehmertum zu schlagen, wäre es ein Gebot der Stunde, die Rationalisierung durchzuführen, die in einem Vorteil für die Arbeiter, die Konsumenten und der Allgemeinheit sich auswirkt. Die Erkenntnis „Niedrige Löhne“ sind die „teuersten“ ist noch nicht zu jenen maßgebenden Kreisen gelangt. Und wenn wir weiter eine Führerschaft als Betriebsleiter hätten, die mit psychologischer Witterung das Fühlen und Denken der Masse verstehen würde, und ihr Hauptaugenmerk darauf richtete, Hemmungen und Reibungen im Arbeitsprozeß zu beseitigen und nicht zu vermehren, dann wären wir schon ein großes Stück vorwärts. Es ist ein Unding, wenn man in der Politik die Demokratie gelten läßt, während im Betriebe die Autokratie herrscht. Laßt doch die Arbeiter mit denken und mit beraten über die Vorwärtsentwicklung der Betriebe. In Wien ladet mancher Betriebsleiter seine Belegschaft zu einer Versammlung ein, wo über Wohl und Wehe des Betriebes beraten wird. Und diese Betriebe haben keinen Schaden erlitten, noch haben ihre Betriebsleiter an Autorität eingebüßt. Wenn wir dem Betriebe eine gesunde wirtschaftliche Grundlage geben, und das ist unsere Pflicht, dann muß auch an die Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse der darin beschäftigten Arbeiterschaft gedacht werden. Der Idealismus hat bestimmte Grenzen, und bei Ueberspannung schlägt er ins Gegenteil um.

„Bahn frei dem Tüchtigen“ und nicht dem Kriecher, das muß die Parole der Personalpolitik sein. Nicht Tradition, sondern Eignung gepaart mit einem großen Maß von Vertrauen von den zu Führenden bildet die Grundlage zur gesunden Betriebswirtschaft. Ist der Betrieb gesund und die darin Beschäftigten von dem Gedanken der Gemeinwirtschaft durchdrungen, dann werden die Regiegegner bald verstummen, weil ihnen durch Tatsachen ihre Behauptungen widerlegt werden. Die dringendste Pflicht der Städtischen Arbeiterschaft ist, bis zu den nächsten Wahlen den Beweis zu erbringen, was eine sozialistische Kommunalpolitik zu leisten imstande ist. Unsere Wiener Genossen haben mit Tatsachen gearbeitet und das war ihr Erfolg. Machen wir es auch so!

D ö h e r t, Leipzig.

Der Kapitalismus ist im Innersten ebenso lebenszerstörend und ebenso feindlich gegen die Kultur des Individuums wie der Militarismus, der ja in gleicher Weise eine reiche Kraftentwicklung für einzelne Persönlichkeiten ermöglicht, aber gleichzeitig die Mehrzahl zu Herdenmenschen herabdrückt. Ellen Key.

## Rationalisierung und Arbeitnehmerschaft

### IV.

Zunächst noch ein Wort zu dem Kampf der Gewerkschaften um Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiterschaft. Dazu erklärt das Unternehmertum, daß eine allgemeine Lohnsteigerung die Produktionskosten erhöhen und die Absatzmöglichkeit im Ausland erschweren werde. Es sind alte Argumente, die die Unternehmer seit Jahr und Tag gegen jede Lohn- und Gehaltserhöhung vorbringen. Diese Stellungnahme des Unternehmertums und deren geistige Sachwalter bis zur Reichsregierung, wie „der Druck der arbeitslosen Massen, die infolge der Rationalisierung freigesetzt wurden“, hat bisher in Verbindung mit anderen Ursachen eine wirksame Lohnsteigerung verhindern können. Nach der in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Zusammenstellung der Tariflöhne 1926 ergaben sich folgende Lohnerhöhungen: Gelernte Arbeitnehmer erhielten im Jahre 1926 Lohnerhöhungen von 0,9 Proz. Dagegen 1925 18,8 Proz. Für die Ungelernten betrug die Lohnerhöhung 1926 1,1 Proz. und im Jahre 1925 18,5 Prozent. In der Produktionsmittelindustrie stiegen die Stundenlöhne für gelernte und ungelernete Arbeitnehmer um je 0,9 Proz. In den Verbrauchsindustrien für Gelernte nur 0,1 Proz. und Ungelernte nur 0,6 Proz. Demgegenüber stand der vom Statistischen Reichsamt berechnete Index der Lebenshaltungskosten im Januar 1926 auf 139,8 Proz. und im Dezember auf 144,3 Proz. Also Steigerung der Lebenshaltungskosten um 4½ Proz. Dieser Steigerung steht eine geringe Lohnerhöhung gegenüber. Damit ist die Senkung der Reallöhne festgestellt. Auch in den vergangenen Monaten 1927 hat sich daran nichts wesentliches geändert. Daß für die Absatzmöglichkeiten ins Ausland nicht in erster Linie die Senkung der Produktionskosten durch Niedrighaltung der Arbeitslöhne ausschlaggebend ist, sondern hohe Löhne — großer Umsatz, kleiner Nutzen — die Absatzmöglichkeiten erst schaffen helfen, will dem deutschen Unternehmertum nicht einleuchten. Anders denken die Unternehmer im Ausland. Dabei läßt sich dieses Unternehmertum auch nur von Kapitalinteressen leiten. Für sie bedeuten Lohnerhöhungen eine Steigerung der Kaufkraft des Arbeitseinkommens, was letzten Endes zur Ueberwindung bestimmter Absatzkrisen, zur Produktionserweiterung, zur Rentabilität der Unternehmungen und zur Erhöhung der Profite führen soll; ja in Amerika die Erhöhung der Löhne mit zu den weltbekanntesten Methoden des Unternehmertums (Ford u. a.) zur Mehrwerthdeckung gehört. In Nordamerika haben sich seit 1914 die Preise um 60, aber die Löhne um 133 Proz. erhöht. Dieses bedeutet eine gewaltige Steigerung der Kaufkraft des Arbeitseinkommens. Dazu veröffentlichte die „Metallarbeiter-Zeitung“ folgende Statistik:

| Berufe             | Stundenlöhne |      | Erhöhung seit 1913 Proz. | Berufe               | Stundenlöhne |      | Erhöhung seit 1913 Proz. |
|--------------------|--------------|------|--------------------------|----------------------|--------------|------|--------------------------|
|                    | 1925         | 1926 |                          |                      | 1925         | 1926 |                          |
| Bäcker . . .       | 0,97         | 0,92 | 150                      | Rohrleger . .        | 1,28         | 1,38 | 119                      |
| Bausteinmaurer . . | 1,47         | 1,56 | 124                      | Eisenkonstrukteure . | 1,27         | 1,35 | 116                      |
| Zimmerleute . .    | 1,18         | 1,26 | 136                      | Kraftwagenführer . . | 0,64         | 0,65 | 92                       |
| Elektriker . .     | 1,27         | 1,33 | 137                      | Fuhrleute . .        | 0,66         | 0,87 | 130                      |
| Maler . . .        | 1,23         | 1,30 | 145                      | Safenarbeit.         | 0,82         | 0,83 | 86                       |
| Plasterer . .      | 1,48         | 1,59 | 124                      |                      |              |      |                          |

Diese Zahlen zeigen uns, daß Lohnsteigerungen bis zu 150 Prozent seit 1913 auch in kapitalistisch betriebenen Unternehmungen möglich sind. Dabei gilt es natürlich zu beachten, daß die Produktionsbasis in Amerika eine andere ist als in Deutschland und daß das Unternehmertum in den Vereinigten Staaten im Jahre 1926 einen Gewinn von 12 Milliarden Dollar buchen konnte. Aber auch die deutschen Kapitalisten haben im vergangenen Jahre nicht schlecht abgeschnitten. Ein Beispiel u. a. ist „das Gehalt der Fabrikdirektoren“! Unter dieser Ueberschrift ist ein Artikel von G. Stühler in verschiedenen Gewerkschaftszeitungen veröffentlicht worden. Die Grundlage bildet eine Schrift, die der Deutsche Philosophen-Verband herausgegeben hat. In derselben werden die Gehälter der höheren Staatsbeamten mit dem Einkommen der leitenden Industriebeamten verglichen. Es heißt da u. a.:

Ein bedeutendes Werk hatte in der Vorkriegszeit elf Direktoren mit einem Gehalt von 1000 bis 2000 Mk. monatlich für jeden Direktor und einer beim Jahreschluß zahlbaren Gratifikation von je 3000 bis 4000 Mk. Heute werden 26 Direktoren mit einem Gehalt von 4000 bis 5000 Mk. monatlich beschäftigt.

Am Bemeis-Wessel-Konzern, Betrieb Augsburg, zeigt sich, wie die Gehaltsbemessung der Industrie sich gegen 1924 geändert hat:

|                         | 1914<br>Jahresgehalt |                            | 1925<br>Jahresgehalt |
|-------------------------|----------------------|----------------------------|----------------------|
| 1 Direktor mit . . .    | 12 000 Mk.           | 2 Direktoren mit je . . .  | 60 000 Mk.           |
|                         |                      | 1 Direktor mit . . .       | 30 000 „             |
| 3 Prokuristen mit . . . | 6 000 „              | 6 Prokuristen mit je . . . | 9 600 „              |

Die Bezüge im westfälischen Bergbau werden im Jahre 1925 folgendermaßen geschildert: Bergmann 175 Mk. Monatseinkommen, Betriebsführer 1000 Mk. Monatsgehalt, Grubeninspektor 2000 Mk. Monatsgehalt, Zechendirektor 3000 Mk. Monatsgehalt, Betriebsdirektor 6000 Mk. Monatsgehalt, Generaldirektor 10 000 Mk. Monatsgehalt.

Recht bemerkenswerte Angaben macht die Schrift über die Kosten der Aufsichtsräte: Vereinigte Glasstofffabriken jährlich 680 000 Mk., Deutsche Bank jährlich 677 000 Mk., Deutsche Kreditanstalt jährlich 200 000 Mk. (je Aufsichtsratsmitglied: 10 000 bis 16 000 Mk.). — Im Farbentrust kommen jährlich 35 000 bis 40 000 Mk. auf ein Aufsichtsratsmitglied.

## Im Scheunenviertel

### II.

„Teufel noch mal, — 'n ganz vafuchter Kerl war id damals. Schlimm war's — sehr schlimm; aber doch scheen. Id schwämme heute noch, wenn nich —“ Er unterbrach sich und schob seinen Rockärmel hoch, um den Arm zu entblößen.

Sie drängten die Köpfe zusammen und blickten auf die breite rote Narbe.

„Handjemenge mit Seeräuber,“ fuhr Franz fort — „War an der Westküste von Siedamerika — in Chile — vor Antofagasta. —“

Paulinens Vater war längst heimgekehrt. Er saß neben Franz. Der schätzte diese Nachbarschaft hoch. Er wandte sich ab und zu direkt an den Alten, und jedesmal nickte dieser bedächtig und wohlwollend. Nichtete aber Franz den Blick geradeaus, so traf er hinter dem blaugrauen Schleier von Labatqualm zwei Mädchenaugen. Die runden Arme auf die Tischplatte gestemmt, das Kinn auf die Fäuste gelümmelt, saß Paule, versunken in die brausende Welt seiner Phantastie.

\*

Franz Mörder war Nachkomme eines Mannes, dem Menschen längst verklungener Zeit in Verabscheuung einer Untat aus sozialer Abwehr den Namen „Mörder“ angeheftet hatten. Jahrhunderte lagen zwischen Franz und den Lebenstagen jenes Ahnen; aber der Name lastete auf den Nachkommen. Soweit Franz nicht mit den Behörden zu tun hatte, befand er sich hinter dem Artistennamen „Francesco Longo“ gedeckt. Jetzt ging's aber ans Heiraten; da wurde es unumgänglich, sich zu entdecken, — da hieß es: „Papiere“ vorweisen: Geburtschein, Taufschein, Konfirmationschein, Militärschein —. Wer kennt die Namen aller der Scheine, die einer Be-

hörde bescheinigen, daß andere Behörden den Bescheinigten wirklich und wahrhaftig für den Bescheinigten gehalten haben.

Franz schob die Enthüllung so lange hinaus, bis Paule sich Mutter fühlte.

Mittlerweile war der Winter vergangen. Der Frühling nahte. Man spürte sein Kommen an lauen Winden, die ab und zu wehten, wenn Regenschauer verfloßen waren und tropfende Häusergesimse wie vergoldet in der Sonne funkelten.

Sold ein durch Tränen lächelnder Märzorgen war es, als Franz in die frisch gelüftete Cassstube des „Auswanderers“ trat und Paule mit einem: „Morj'n, Frau M ö r d e r“ die Hand bot.

„Wat sachst'e?“

Ahnungslos, — lachenden Mundes, fragte sie.

„Morj'n, Frau Mörder!“

Leichtsin versuchte er's zu sprechen, — und klang dabei so bekommen.

„Wat soll det?“

„Na Paule, so heeß'te doch nu bald, wennst'e erst meine Tchemahlin bist.“

„Wat —? Du heeßt doch nicht Mör—der!“

„Hab dir nich sol Deswegen ha 'd doch noch kenn' dotjeschlag'n!“

„Über Longo —!“

„Quatsch! — Det is mein Artist'nname! Det kannst'e dir wohl den't'n, det id nich Fran—zes—co Lon—go heeß'n dul“

\*

Brutal heraus sprach er nun. Im Innersten tat sie ihm leid. Er saß's sie um. Mit werbender Stimme:

„Paule, steh' nich so vertattert! Luft — als häßl'e Angst vor mich.“

Bei anderen Unternehmungen betragen die Jahrestantiemen eines Vorstandsvorsitzenden des Aufsichtsrats einer A.-G. 28 000 Mk., eines Vorstandsmitgliedes 18 000 Mk., eines Aufsichtsratsmitgliedes 12 000 Mk.

Mit Recht sagt deshalb Genosse Stühler: Wenn es sich um noch so geringfügige Lohnforderungen der Arbeiter handelt, da ist stets kein Geld da, denn dieses haben die Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder im Handumdrehen sich bereits angeeignet. Im Zusammenhang mit dieser Feststellung weist auch die „Metallarbeiter-Zeitung“ auf die Direktorenwirtschaft und den Lantienmenstand hin. „Bei 604 Unternehmungen (also nicht bei einem Konzern) sind 45 Proz. der Arbeiter und Angestellten abgebaut worden. Dagegen betrug die Zahl der Direktoren vor dem Kriege 1324, heute 1828. Das sind 500 Direktoren mehr! Noch toller sind die Aufsichtsräte angeschwollen, . . . nämlich von 3875 auf 5587. . . Ein Direktor bekommt beim Röhrenverband 110 000 Mk., beim Stahlwerksverband 180 000 Mk. im Jahr und jeder stellvertretende Direktor 75 000 Mk. Graßmann gibt folgende Beispiele: In einem süddeutschen Industriebetrieb erhalten 60 Angestellte alle zusammen 144 000 Mk. im Jahr, 3 Direktoren dagegen 156 000 Mk. und außerdem noch 144 000 Mk. Lantienmen. In einem Augsburger Betrieb beziehen 24 Angestellte insgesamt 57 000 Mk., der eine Direktor 60 000 Mk.“

Die angeführten Beispiele mögen genügen. Sie zeigen der Arbeitnehmerschaft, welche Bedeutung die Argumentation des Unternehmertums hat, nämlich, daß Lohn erhöhungen die Produktionskosten erhöhen und die Abzahnmöglichkeiten im Ausland unmöglich machen. Da fest steht, daß das kartellierte Unternehmertum trotz einer erfolgreichen Rationalisierung keine Herabsetzung der Warenpreise vornehmen wird und auch von der Reichsregierung keine durchgreifenden Maßnahmen im Sinne eines Preisabbaus verordnet werden, bleibt der Arbeitnehmerschaft nur noch die Selbsthilfe. Diese Selbsthilfe findet Ausdruck im Kampf der Gewerkschaften um Steigerung der Kaufkraft des Arbeitseinkommens in der Form von Lohn- und Gehaltsforderungen. —h.

## Gewerbehygienischer Vortragskursus in Stuttgart

### II.

In Fortsetzung des Vortragskurses sprach der badische Landesgewerbearzt Oberregierungsrat Prof. Dr. Holzmann (Karlsruhe) über: „Gewerbliche Ohrenschädigung, ihre Verhütung und ihre Stellung in der sozialen Gesetzgebung.“ Im Auftrage des Reichsministeriums wurde in Baden eine Untersuchung von rund 500 Arbeitern vorgenommen, um die Einwirkung des Betriebslärms aus den verschiedensten so-

genannten Lärmbetrieben auf das Gehör zu prüfen. Als Großlärmarbeit ist das Arbeiten in der Kesselschmiede, namentlich das Nieten und Verstemmen der Kessel zu bezeichnen. Nur wenige Menschen sind so widerstandsfähig, daß sie dieses aushalten. Aber auch bei diesen beginnt schon im zweiten Arbeitsjahr eine erhebliche Herabsetzung des Gehörvermögens, die sich dann im Laufe der Jahre bis zur fast völligen Ertaubung steigert. Als weniger geräuschvolle Arbeit wurde die der Weber und die Arbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen genannt. Ueber den Lärm, den die großen Dampf- oder Wasserturbinen in den Elektrizitätswerken verursachen, äußerte sich der Vortragende nicht, deshalb möchten wir an dieser Stelle hervorheben, daß das Arbeiten in den Turbinenräumen ebenfalls sehr stark gehörschädigend ist, wozu noch die ständige Erschütterung, das Vibrieren des Bodens usw. hinzukommt, so daß neben Gehörschädigung auch Schädigungen des übrigen Nervensystems festzustellen sind. Als Mittel, den Eintritt der Schwerhörigkeit hinauszuschieben, wird empfohlen: den Gehörgang mit paraffinierter Watte fest zu verstopfen. Ein Apparat, die verschiedenen Lärmgrade zu messen, ist von Barkhausen geschaffen worden. Die Sozialgesetzgebung muß die durch Beruf gezogene Schwerhörigkeit mehr berücksichtigen. Es wäre gerechtfertigt, an Taubheit grenzende Berufsschwerhörigkeit zu entschädigen, wie das bei anderen Berufskrankheiten zum Teil bereits der Fall ist.

Privatdozent Dr. Giese, Stuttgart, behandelte das Thema: „Allgemeine Fragen der Arbeitspsychologie“. Dieses Thema beschäftigte sich mit der Frage, wie die menschliche Arbeitskraft am rationellsten ausgewertet werden kann. Hier liegt noch wenig praktische Erfahrung vor, und die von Herrn Dr. Giese vorgetragene Theorie bekommt noch manche harte Nuß zu knacken. Die sogenannte Subjektpsychotechnik behandelt die psychologische Arbeitseignungsprüfung und das Anlernverfahren. Die Eignungsprüfung wird durch die Einführung der Fließarbeit und der betrieblichen Selbstauslese teilweise überflüssig. Den Ingenieuren wird vorgeschlagen, sie hätten das Anlernverfahren zu sogenannten Fähigkeitschulen verdreht. Praktische Erfahrungen sollen erwiesen haben, daß es sich in jedem Falle nur um nachweisbare Leistungssteigerungen handelt, ohne daß der Kaufkraftzusammenhang zwischen Arbeitswillen und Fähigkeit klar wird. Die Trainingsmethoden erübrigen sich am laufenden Band, wobei Leistungssteigerungen bis zu 300 Proz. zustande kommen. Ob man diese Produktionsweise noch als menschenwürdig bezeichnen darf, ist zu bezweifeln, wurde doch vom Vortragenden selbst erwähnt, daß weniger schnell schaffende Arbeiter von eigenen Mitarbeitern abgestoßen werden, nur darum, weil sie diesen wahnstinnigen Akkord nicht mitmachen können.

Wir sind der Auffassung, daß es Aufgabe der Wissenschaft ist, der deutschen Wirtschaft die Wege zu weisen, vermissen aber eine

Er zog sie ganz dicht an sich, — wollte sie küssen.

Sie wehrte ihn ab:

„Laß man — Franz, jezt nich —“

Er gab nicht nach. Sie wurde grob:

„Sollst det lass'n!“ schrie sie und stieß ihn von sich. „Det hätt'ste mir frieher sag'n miß'n!“

Sein Gesicht wurde drohend.

„Willste damit jesacht hab'n, det de mir als Franz Mörder nich' jenomm' hätt'st'!“

„Ja — det will id'!“

Sie ließ ihn stehen. Krachend schlug die Tür hinter ihr zu.

In ihre Kammer flüchtete sie sich. Aufgeregt lief sie im engen Raume umher.

„Id' hab dir durchschaut, Jungeken! — Schleicher — heimtückisch! Denkt, jezt hast'e mir sicher. Nu kommst'e raus mit der Sprache. Nieß'n wer 't da wail — Mörder — Frau Mörder!“ Ein Aufstachen. „Wie jeriss'n! Heimtück'sches Nas!“

Wieder das zornige Lachen. Ganz jach darauf ein Tränenausbruch. Sie setzte sich auf den Bettrand und weinte in ihre Hände hinein. „Det Kind —!“ Weiße Gedanken und Gefühle kamen. Empfindungen, wofür sie keine Worte fand. Zarter Glaube, daß er sie liebe. Leises Verstehen. Stärker und stärker werdendes Hoffen und Wünschen, daß doch das Glück kommen möchte, trotz des schlechten Namens. Mildernendes Verzeihen: „Wat kann er davor, det sein Vater so jeheß'n hat!“ Und da sprang sie auf, wusch sich rasch das verweinte Gesicht mit kaltem Wasser und eilte hinab: „Wenn id' 'n bloß noch antreffel!“

Der Vater erfuhr noch nichts; weder was von dem Kinde, noch was von dem Namen. Franz war anhaltend darauf bedacht, sich das Herz dieses Mannes zu gewinnen. Er machte sich im

„Auswanderer“ unentbehrlich. Den Gästen fehlte was, wenn er nicht da war. Er war jedermanns Freund. Uner schöplich schien sein Schatz an zotigen Wizen und abenteuerlichen Erlebnissen. Zeigte auch bereitwilligst seine athletischen Tricks, sofern er damit den Bierkonsum fördern konnte. Kein Zweifel: Franz hatte erst recht's „Leben in die Bude“ gebracht. An der Kaffe des Auswanderers war's zu spüren. Kein Wunder also, daß er bei Paulens Vater eine „jute Nummer“ hatte.

Es war dem Alten nicht unangenehm, daß er sich „an det Mädchen ranmachte“. Im Gegenteil; er schien ihm der rechte Mann, in's „Jeschäft rinzuheirat'n“. Als es ihm endlich gesagt werden mußte, daß das Liebesverhältnis nicht ohne Folgen geblieben sei, blieb er ganz ruhig:

„So — so,“ sagte er. „Da hätt'n wa nun den Salat. — Det is ja sauber! — Det is ja wieder mal'n Ding, wat'n Pfund wiecht. Und nun soll jeheirat wer'n? Kann id' ma denk'n. — Na, mein' Sej'n habt a. Gloop man aber nich, Franzke, det de mir ieber-rumpelt hast. Ganz und jar nich! Id' hab't längst jemerkt, det de mit det Mädchen tramst. Wenn id' nich mit inverstand'n jewes'n wär, hätt' id' dir schon bei'n Kanthaf'n jenomm'n und dir jezeichnet, wo der Zimmermann 't Loch jelaß'n hat. —“

Aber geradezu entsezt war der Alte, als er den Namen gehört hatte, den künftighin seine Tochter, seine Enkel tragen sollten.

„Wat —?! Mörder —?! Ach, mach doch keen'n Quatsch nich! Hab id' mein janzet Leb'n noch nich jehört, det 'n Mensch ooch Mörder heeß'n kann. Pui Deibel noch mal! — Mörder! Brr —! Ree —, Franz, det jezt nich! Et jezt nich, Franz! — Frau Mörder — meine Dochter! — Ree — Franzke, — bist mir'n lieber Kerl, — bist'n juter Kerl, — 'n feiner Kerl, — hätt' mir jereut! Jawollek'n, — du hätt'st hier so richtig rinjepast als Meester; — aber — aber —“

Rückfichtnahme auf die hochwertige Arbeitskraft des Volkes. Wenn beide Probleme: Rationalisierung der deutschen Wirtschaft und Schutz der Arbeitskraft in allen ihren verschiedensten Problemen (wozu auch eine vernünftige Sozialpolitik gehört), Hand in Hand erforscht und gefördert werden, dann, aber auch nur dann besteht die Möglichkeit, das Wirtschaftsleben so zu heben, daß das deutsche Volk von dem nun schon jahrelang tobenden Alpdruck befreit wird.

Herr Dr. Römer, Stuttgart, referierte über: „Tiefenpsychologie und Arbeitseignung.“ Ein Gebiet mit streng wissenschaftlichem Charakter, welches sich mit der Veranlagung des Menschen beschäftigte, im Gegensatz zum vorigen, das sich hauptsächlich mit der Ausnützung des Individuums befaßte. Die Tiefenpsychologie will den Menschen von innen erkennen, seine Stärken und Schwächen erforschen und hieraus die Arbeitseignung feststellen. Hier sind zunächst einmal zwei Typen des Menschen zu nennen: Entmutigte und Ermutigte, eine Tatsache, in der wir uns täglich bewegen. Es gibt Personen, die niemals den Mut verlieren, andererseits aber Leute, die schon bei geringeren Anlässen vollständig resigniert sind und den Mut in die Asche sinken lassen. Daß diese Veranlagungen von bestimmtem Einfluß auf das Arbeitstempo sind, läßt sich nicht leugnen. Darum möchten wir an dieser Stelle auch der Unternehmerschaft erneut empfehlen, ihre Arbeiter so zu entlohnen, daß sie nicht dauernd am Schraubstock, an der Drehbank, vor dem Dampfkessel, im Ofenhaus und allen sonstigen Arbeitsplätzen von dem grauen Elendsgespinnst, der häuslichen Sorge um das Durchkommen mit Weib und Kind in dieser trostlosen Zeit dauernd geplagt und verfolgt werden. Ein mit wenig Sorgen beschäftigter Mensch wird sich zweifellos mit mehr Liebe seinem Beruf zuwenden, als wenn immer und immer der Groll über die schlechten Verhältnisse an Geist und Körper nagt.

Es folgte in der Vortragsreihe Herr Ministerialrat Professor Dr. Koelsch, bayerischer Landesgewerbeamt, mit dem Vortrag: „Der Mensch und die Arbeit, allgemeine Fragen der Arbeitsphysiologie.“ Als Mustersubstanz haben wir Kohlenhydrate (Zucker) in den Musteln zur Arbeitsleistung aufgespeichert, als Reservoir dient die Leber. Bei Nichtfunktionieren der Leber zeigt sich Mattigkeit, in ihrer Folge die allgemein bekannte Gelsucht. Die wunderbare reguläre Zusammenarbeit zwischen Hirn und allen anderen Organen läßt einen Vergleich mit der Maschine aufkommen. Der Mensch braucht zur Erhaltung seiner Leistung und überhaupt zum Leben Nahrung, während eine Maschine mit Heizung und Wasser (auch Wartung) betretet sein muß, wenn eine Leistung von ihr verlangt werden soll. Der Mensch ist sinnbildlich als Großkraftwerk anzusprechen, mit dem Großhirn und dem Nervensystem als Zentrale. Zu seinem regulären Schlaf verbraucht der normale Mensch etwa 1700 Kalorien, während man als Verbrauch für Arbeit und Ruhe je nach Anspannung etwa 3400 bis 6000 Kalorien in 24 Stunden berechnet hat. Maßgebend für den

Energievorrat ist vor allem die Persönlichkeit, konstitutionelle Veranlagung und der jeweilige Gesundheitszustand des Arbeitenden, aber auch Rasse und Herkunft von Stadt oder Land sind hierbei von Einfluß. Daß Alter und Geschlecht ihre grundlegenden Eigentümlichkeiten in diesem Falle mitbedingen, muß man als selbstverständlich anerkennen. Es sind ferner noch anzuführen Ernährungs- und Bitterungsverhältnisse, Einwirkung durch Alkohol usw. Beim Abbau der Energie sind beteiligt: Schwere und Intensität, Monotonie und Rhythmus der Arbeit, lange Arbeitszeit, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit usw. Auch Prof. Dr. Koelsch tritt für einen längeren Urlaub, für Sonntagsruhe und zweckentsprechend eingelegte Pausen ein. Nicht unterlassen wollen wir, hier anzuführen, daß Deutschland noch zurücksteht in der Schaffung eines Reichsforschungsinstituts für Gewerbehygiene und der damit in Verbindung stehenden Probleme. Amerika, England, Japan und Sowjetrußland sind hier bereits vorangegangen.

G. Bolm.

## Die städtische Straßenreinigung der Stadt Halle in den letzten 20 Jahren

Nach langen Verhandlungen mit den Stadtverordneten war es dem Magistrat der Stadt Halle a. d. S. im Jahre 1927 endlich gelungen, die Mehrheit der damals noch sehr rückständigen, auf ihren eigenen Vorteil bedachten Stadtverordneten davon zu überzeugen, daß es notwendig wäre, die Reinigung der Straßen und Plätze in städtische Regie zu übernehmen. Trotz vieler Polizeiverordnungen war der Zustand in manchen Beziehungen ein unhaltbarer geworden, so daß der Magistrat und an seiner Spitze der noch amtierende Oberbürgermeister Dr. Rixe sich mit der Beibehaltung der Privatreinigung der Straßen einverstanden erklären mußte. Stellten sich auch zu Anfang Beschwerden von Seiten der bis dahin die Reinigung vornehmenden Unternehmer in großer Zahl ein, so lag das zum größten Teil an der Gewinnsucht derselben; denn von Seiten der Verwaltung und der beschäftigten Arbeiter wurde alles getan, um etwaige Mängel zu beseitigen. Unter der Leitung eines aus der städtischen Feuerwehr hervorgegangenen Beamten, dem noch im Dienst befindlichen Oberinspektors Jänsch, hatte sich der Betrieb der städtischen Straßenreinigung im Laufe der Jahre soweit entwickelt, daß, bis auf einige Mögler, die es immer gibt, zu Beschwerden kein Anlaß gegeben wurde. Als dann der Krieg mit seinen Folgen kam, ging er auch an der städtischen Straßenreinigung der Stadt Halle nicht spurlos vorüber. Mit alten, gebrechlichen Männern und Frauen und kaum der Schule entwachsenen Jungen und Mädchen wurde der Betrieb in Gang gehalten, da die meisten Arbeiter zum Heeresdienst eingezogen waren. Da aber nicht nur die Arbeitnehmer ihre Arbeitsstelle verlassen, sondern auch die besten Pferde an die Heeresverwaltung abgegeben werden mußten, ging

wie kann 'n Mensch bloß Mörder heeß'n! — Wie kannte bloß! — — Weeß't'n Paule schon — ?“

„Natterlich“, stieß Franz durch die Zähne. Er war ganz niedergeschlagen.

„So, so, — Paule weeß 't.“ Er schüttelte den dicken kahlen Kopf. „Se weeß 't schon —“ Er reichte Franz die Hand. „Franzke, laß ma Zeit — bis morj'n — iebermorj'n. Ja muß ma erst dran jehweh'n!“

Still schob Franz zur Türe hinaus.

Seine Sache war durchaus nicht verloren. Paule ging mit seinem Kinde. Paule liebte ihn. Wenn sie ihn auch fürchtete und mitunter ein wahres Grauen vor ihm hatte, seine Küsse, seine starke Umarmung konnte sie nicht missen. Das Verlangen nach der Kraft dieses Mannes war mächtiger als die seine nervöse Antipathie.

„Na — und den Ol'n krieg'd schon noch rum,“ beruhigte sich Franz. Mit fast rührender Zärtlichkeit und Bedachtsamkeit umgarnte er den Vater. An der Stammtischrunde ließ er alle Register seines Unterhaltungstalentes spielen. So viele „Lagen“ wie in den Tagen sind nie wieder im Auswanderer „jeshmissen“ worden.

Der erwünschte Erfolg blieb nicht aus.

Raum eine Woche später war Verlobung.

Eine Feier voll schallender Lustigkeit. Ein paar handfeste Musikanten vollbrachten den Lärm, der überschrien werden mußte. „Freibier“ löste jeglichen Zwang. Schon am frühen Abend raste gellendes Gelächter die Wände entlang. Männer umarmten sich und schworen dies und jenes. Weiber kreischten, als wären Frösche in ihren Schoß gehüpft.

Franz sorgte eifrig für seine Gäste. Unverdroffen trieb er die Musikanten an. Wer ihm in den Weg lief, mußte mit ihm prosten.

Im Vorübergehen fischte er die Weiber. Jedes Mittel war ihm recht, die Ausgelassenheit der Gesellschaft zu steigern.

Und Paule tat wie er. Mit ausgebreiteten Armen warf sie sich in den Wirrwarr. Nicht hören wollte sie die raumende Stimme in ihrem Innern. Ihr Gelächter stand über dem Lärm.

Zwei Monate später — im August — war Hochzeit.

Franz hatte anfangs von kirchlicher Feier nichts wissen wollen; aber Paule drang darauf. Hoffte sie doch, daß der Segen des Pfarrers Gespenster bannen könnte, die sie ängstigten: Der schreckliche Name des Mannes wirkte wie ein Zahnradchen in ihrem Gehirn, dessen Zahnchen in ihre Hoffnungen einhakten und sie zwangen, die Last der bösen Ahnung auf sich zu laden, — viel zu schwere Last. Sie drückte wie unsühnbare Schuld.

Franzens Abneigung gegen kirchliche Trauung bestand im wesentlichen nur in Scheu, die Menschen seiner Klasse vor jeder Feierlichkeit haben. Er fürchtete auch ein bißchen die Glossen seiner Freunde und Bekannten. Im Innersten hegte er aber ähnliche Hoffnungen wie Pauline. Er glaubte an die Heiligkeit des kirchlichen Segens und an seine Wunderkraft. Aberglaube und Glaube wachsen auf einem Holz, und welcher Artist wäre nicht abergläubisch.

So waren sie denn beide voll Andacht, als der Pfarrer ihre Hände ineinander legte und sie segnete.

Wie froh und glücklich war der junge Gatte, als er darauf seiner Enggetrauten galant den Arm bot, — als ein Diener zusprang, um der Braut die rauschende Schleppe zu tragen. Den breiten Mittelweg der Kirche schritten sie entlang. Draußen bildeten Neugierige Spalier. „Ah —!“ hallte es ihnen nach, als sie die mit himmelblauer Seide ausgeschlagene Galatufche bestiegen.

Mit allen bürgerlichen Ehren waren sie getraut. Wie wert war das gerade Franz. Er, der Paria, fühlte sich emporgehoben, ein-

der Betrieb wieder mehr und mehr zurück. Trotzdem die besten Kräfte fehlten, wurden noch mehr Arbeiten, zum Beispiel die Haferverteilung u. a., der Straßenreinigung übertragen. Wenn auch nach Schluß des Krieges die meisten Arbeiter wieder in ihre alten Arbeitsstellen eintraten, blieb doch die Reinigung nur eine notwendige, da sich vor allem der Mangel an Material bemerkbar machte. Während der Inflationszeit des Jahres 1923 war man drauf und dran, die städtische Straßenreinigung aufzulösen, aber die Leitung der Verwaltung, der damalige Dezernent, Stadtrat Balke, und der Oberinspektor Jänisch, trat mit allem Nachdruck für die Beibehaltung der städtischen Straßenreinigung ein. Nachdem die Währung wieder in feste Bahnen gelenkt war, ging es auch mit dem Aufbau der Straßenreinigung langsam wieder vorwärts. Wurde vor dem Kriege die maschinelle Reinigung größtenteils mit Pferdmaschinen vorgenommen, so setzte nach der Inflationszeit eine großzügige Technisierung ein. Nicht nur, daß der dem Straßenreinigungswesen angeschlossene Fuhrpark Automobilkraftwagen erhielt, es wurde auch die Straßenreinigung mit modernen Autokehrmaschinen und Autosprengwagen ausgerüstet. Es besteht die Hoffnung, sofern der jetzige Dezernent für die Straßenreinigung, Herr Stadtbaurat Prof. Dr. Heilmann, recht lange das Dezernat bekleidet, daß der Betrieb der städtischen Straßenreinigung ein Musterbetrieb wird. Nicht nur für die Allgemeinheit, sondern auch für die Arbeitnehmer. Vor allem ist aber das Verhalten der Verwaltung dafür verantwortlich, daß ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft bestehen bleibt. Daß es der Verwaltung, besonders aber ihrem Leiter daran gelegen ist, hauptsächlich langjährige Arbeitskräfte zu beschäftigen, hat er in der Krisenzeit bewiesen. Herr Oberinspektor Jänisch hat nicht nur für Anfuhr billiger Kohlen und Verkauf von billigen Kartoffeln gesorgt, auch bei Notfällen in den Familien der ihm unterstellten Arbeiter ist er in jeder Weise behilflich gewesen. Auch mit der Organisation kann das beste Einvernehmen festgesetzt werden. Es liegt nur an der Arbeiterschaft der Straßenreinigung, durch festes Zusammenhalten in der Organisation, alles was bis jetzt durch das gute Zusammenarbeiten zwischen der Filialleitung unseres Verbandes und der Betriebsleitung und Verwaltung der Straßenreinigung erreicht wurde, auch zu erhalten. Denn nur dadurch gelingt es, bessere Verhältnisse zu schaffen.

M. Schumann.

Kann ich nicht Dombaumeister sein,  
behau ich als Steinmetz einen Stein.  
Fehlt mir auch dazu Geschick und Verstand,  
trag ich Mörtel herbei und Sand

Rudolf Baumbach.

gerückt in die honorige bürgerliche Gesellschaft. Bürger! — Wie schöner Promenadenweg lag die Zukunft vor seinen Augen. Eine Allee, auf der man lustwandelnd ans Ziel gelangt.

Er sah Paule an. Ihr Auge leuchtete. Sie küßten sich. Glück hüpfte in ihren Herzen.

Warum sollte auch die junge Frau nicht froh sein? Erwartete sie doch von dieser Stunde glücklichste Wirkungen. Sie glaubte an die weishevollte Handlung am Altar, an des Pfarrers Wort, an den Segen und das Myrtenkränzchen auf ihrem dunklen Schmelz — an all das, wie an einen, das Verhängnis bannenden Zauber. Und der Gedanke an das Kind — ihr Kind — brannte wie eine heilige Kerze in der dümmervollen Halle ihrer Hoffnungen.

Von marienhafter Reine waren ihre Wünsche; getragen von starkem Glauben; — waren wie Vögel schneeigen Gefieders mit schön geschweiften, kräftigen Schwingen, — Vögel, die von silbernem Schimmer umflossen, über blauweißen Himmel segeln.

\*

Hinter der Schankstube des „Auswanderers“ lag noch dunklerer Raum: Das „Vereinszimmer“, wo an verschiedenen Abenden der Woche der Rauchklub „Blaue Wolke“ rauchte, der Männerchor „Halbe Lunge“ sang oder der „Athletenklub“, dessen Vorstandsmitglied Franz war, turnte und rang.

Nachmittags traf man hier seltsame Gestalten. Männer in langen schwarzen Kastranen, mit bleichen Gesichtern, schwarzen Ohrlocken und wie Roßhaar glänzenden Rinnbärten. Augen wie Jet, listig, voller Unruhe. Unrast in der Bewegung, schlängeln sie sich bald an den, bald an jenen, laufen sodann tief sinnend für sich, auf den Dielen entlang, huschen trippelnd hierhin, dorthin — wie Ratten. Die ganze Gesellschaft war von Leidenschaft erregt. Zu-

## Bildungsarbeit

### Eine Woche unter mehr als sieben mal sieben Schwaben

Die Welt ist schön. Dieser Morgen zeigt sie in ihrer Herrlichkeit und Pracht. Drüben steigen die Tannen massive die Hänge hinan. Die Sonne fällt durch den grünen Blätterfleier des Apfelbaums auf mein Schreiben. Die glänzenden Spitzen des Grafes zittern im Wind, Kinderstimmen, gedämpfte, ein Hahnenruf hie und da und trillernder Sang eines Buchfinks unterbrechen nicht, sie unterstreichen die träumende Stille dieses herrlichen Fleckchens Erde, in das uns der Kursus für Baden und Würtemberg geführt. Freilich, die Kollegen sind schon wieder daheim über ihrer Arbeit. In der vorigen Woche ergingen sie sich in den Pausen des Unterrichts in diesen Anlagen des Erholungsheims. Gestern spielte sich hier ein farbenprächtiges Schauspiel ab, pfingstlich und festlich heiter. Tübinger Studenten waren gekommen zu einem Tanzkränzchen, buntbemüht. Auf dem Rasen, auf dem wir in voriger Woche Faust- und Medizinball gespielt, schlang sich der Reigen ihrer Polonäse. Wie ein lebendiger Blumenkranz. Das ganze war in seiner Bewegung und Verschlingung ein sehr schönes Bild. Dabei sang man von alter Burschenherrlichkeit, vom Kasten beim langen Sigen und dem Wunsch, nach einer Menge Gold und Silbers, so groß daß man darin eintauchen könnte — warum sollte ich mich nicht freuen an der objektiven Schönheit dieses Bildes? Aber leimten da nicht auch andere Erwägungen auf? Wie voller Gegensatz ist diese Welt! Ja, vor ein paar Tagen, da sangen auch wir auf dieser Wiese unsere Arbeiter- und Kampfeslieder. Sie klangen von Sehnsucht nach mehr Wissen und nicht vom Kasten hinter den Büchern. Nach Freiheit und Kulturanteil und nicht nach Gold und Silber und blonden Zöpfchen. Von einer Gesellschaft der Zukunft und nicht von alter Herrlichkeit. Und die das sangen, von ihren fargen Ferien nahmen sie die Lage um ihr Wissen zu bereichern, während die anderen jahrelang studieren dürfen, und selbst dieses Lernen der Arbeiter, das in die Erholungszeit fiel, galt nicht dem eigenen Vorteil, sondern der Förderung der Gesamtheit, unserer Organisation und mittelbar damit der ganzen Arbeiterschaft, damit auch die, die seither all die Erdschönheit und Natur nur farg genießen konnten mehr und mehr sich ihrer freuen können. Nicht umsonst wählen wir möglichst die schönsten Gegenden für unsere Kurse. Der Arbeiter soll sehen, was er zu erstreben hat, wovon er noch ausgeschlossen ist. Seine verdammte Bedürfnislosigkeit, von der schon Lassalle gesprochen, soll aufhören! Die Welt ist schön? Sie muß es erst werden für uns Arbeiter! Dazu helfen auch unsere Kurse, auch dieser in Schwaben.

Das scheint ein charakteristisches Merkmal für die Kurse im Schwabenland werden zu wollen: die große Zahl der Teilnehmer.

weilen fiel der Haufe in Gruppen von Zweien oder Dreien auseinander, die sich tuschelnd in Ecken drückten. Eine Woge schwemmte alle wieder durcheinander. Böses Treiben im halberloschenen Tageslichte, das durch das staubblinde Fenster vom Hofe aus eindrang. Trödler, Altwarenhändler, zu einem „Ring“ zusammengeschlossen, um durch gemeinsames Vorgehen bei öffentlichen Versteigerungen private Käufer abzudrängen und das „Höchstgebot“ niederzuhalten. Im „Auswanderer“ wurde die Parole ausgegeben und der „Rebber“ geteilt. Wie Ratten stießen sie in die Trümmerhaufen zerborstener Existenzen und bauten sich ein zwischen Müll und Moder.

Verseucht sind die Bösen. Hochzeitsglanz erheitert heute den Raum. Blumen prangen auf weißgedeckter Tafel. In blanken Leuchtern brennende Kerzen. Flimmern und Glimmern auf Gläsern und schlanken, buntgekapselten Flaschen. Duft frischbadenen Ruchens vermischt mit Dunst schwelender Richte und sorglose Behaglichkeit zaubernden Gerüchen von Wein, Suppe, Braten und Speisen auf Schüsseln und Tellern.

Anstatt Paulinens, die sonst hier die schäumenden Seidel kredenzt, sitzt ein festlich gekleideter Kellner — Frack, weiße Binde — die Tafelrunde entlang.

Paule dient heute nur ihrem Gatten; dient ihm mit restloser Hingabe. Jede Handreichung, jeder Blick sagt ihm: „Ich bin dein.“

Franz nahm ihre Huldigung hin wie selbstverständlich, obwohl sie ihm ein wenig peinlich war vor aller Augen. Leichtes Verdruß störte ihn. Nachdem er all die Wochen hindurch die Lustigkeit eines Pölsenreißers aufgebracht hatte, trat jetzt, am Ziel seiner Anstrengungen, nervöse Erschlaffung ein. Er saß einsilbig zwischen seiner geschmückten Frau und seinem Schwiegervater und lobte ihre Freundschaft nur kümmerlich.

Victor Noack.

Im vorigen Jahr waren es über 80, wir mußten den Kursus in zwei Abteilungen halten, diesmal über 50. Ein Viertel davon hatte am vorjährigen teilgenommen. Natürlich gab es freudige Begrüßung beim Wiedersehen. Diese Woche Berggemeinschaft schließt die Menschen doch stark aneinander. Man schreibt sich auch im Laufe des Jahres einige Male. Das ist ein gar nicht zu unterschätzender Vorteil dieser Kurse; die Funktionäre und Betriebsräte eines größeren Gebiets lernen sich näher kennen, können Erfahrungen austauschen, einer von der Praxis des anderen lernen. Mir scheint es überhaupt sehr gut zu sein, wenn die Betriebsräte im besonderen mehr selbst miteinander auch schriftlich in Verbindung treten und Erfahrungen austauschten.

Der Plan für unsere Sommerturfe ist, — zwei ausgenommen — für alle gleich. Er bedeutet eine Weiterführung der im vorigen Jahr begonnenen Arbeit. Dort behandelten wir elementar die uns Gemeinde- und Staatsarbeiter am meisten interessierenden Themen. Dieses Jahr wurde eines davon, die öffentliche Wirtschaft und Verwaltung besonders bearbeitet. Die schriftlichen Arbeiten wurden zurückgedrängt und als neue Besonderheit aus den Erfahrungen des Winters praktische Übungen in Versammlungsleitung, Protokollierung zu führen, Referieren usw. eingeführt. Sie finden besonderen Anklang. Nur schade, daß die Zeit so knapp ist. Das bebauern alle Kursteilnehmer. Wer will, kann hier das Lampenfieber überwinden lernen und sehen, wie man sich ein Referat aufbaut. Wer hier einigermaßen die Probe besteht, der wird es auch draußen in der wirklichen Arbeit. Denn, obwohl diese Übungen nur Schule sind, ist doch regelmäßig der Fall, daß selbst schon sehr geübte Kollegen noch Beklemmungen haben. Denn er weiß, daß da soviel Kritiker sitzen als Kursteilnehmer, die wie die Luchse lauern, ihm seine Fehler anzukreiden. Und dann ist auch da noch der Kursleiter, der das letzte Wort hat, das aber immer erstaunlich milde ausfällt. Diesmal waren auch drei Kolleginnen da, und jede mußte in den sauren Apfel beißen, referierend, wie auch in der Diskussion zu sprechen. Dann erwies sich der Apfel nicht mal als so sauer, wie sie gedacht hatten. Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, Kolleginnen können und sollen an den Kursen ebenso wie die Männer teilnehmen. Immer wieder ist man enttäuscht darüber, daß die Frauen sich in so geringer Zahl beteiligen. Ein Siebentel unseres Verbandes besteht aus Frauen = 15 Proz. An den Kursen beträgt die Frauenbeteiligung nur 4 Proz. Das muß anders werden!

In den Unterricht teilten sich vom Hauptvorstand Koll. Stetter und ich, vom Gau Koll. Bolin, ferner Gen. Mattutat, Stuttgart. Koll. Bürker setzte den Kollegen aus Baden, Koll. Bolin denen aus Württemberg abschließend die Besonderheiten des betr. Wirtschaftsbezirks auseinander.

Man sagt den Süddeutschen nach, sie seien ein gemütliches Völkchen. „Das isch scho so,“ meinte einer unter den 50, „aber bis mir a mal Wurscht ghat henn, hobt ihr Berliner sie scho gresselt.“ Das Experiment wurde nicht gemacht, denn entsprechende Portionen wurden in dem Heim, ganz im Gegensatz zu sonstiger und löblicher Schwäbischer Gewohnheit gar nicht serviert. Warum, davon später. Aber ein gemütlicher und lustiger Geist herrschte in dem Kursus. Dazu trug besonders Kollege Stetter sein gut Teil bei, der ja selbst aus selbiger Gegend stammt und ihrer Spruchweisheit voll ist. Es waren da auch künstlerische Kräfte vorhanden. Ich denke daran, wie wir nach dem Abendessen ins Waldtal einen Spaziergang machten und als wir uns setzten, da brachte ein Kollege vom Theater die Nachtigallen zum Schweigen mit seinem Tenor. Er gab auch volkswirtschaftlichen Unterricht und belehrte uns über die Entstehung der Butter, daß wir Tränen lachten. Eine Besonderheit des Kurses wollen wir nicht vergessen, im Auto machten wir eine herrliche Fahrt auf die nicht weitgelegene Burg Hohenzollern. Wenn wir gewiß nicht zu den Bewunderern der dort entsprungene Familie zählen, das aber mußten wir anerkennen, ihre fabelhafte Geschicklichkeit sich in die herrlichsten Gegenden als Zwingherrn anzubauen. Es dürfte in Deutschland wenige Burgen mit ähnlich herrlichem Rundblick geben. So war also alles vollkommen bei diesem Kursus? Ja, bis auf eines, Gegend, Unterbringung, Räume waren glänzend. Selbst Trinkuren kann man bei den schon aus Römerzeiten bekannten Quellen des kleinen Bades Niedernau machen, dessen Räumlichkeiten die Handwerker Württembergs zu einem sehr schönen Erholungsheim umgestaltet haben. Es war also alles vollkommen, bis auf eins und etwas sehr wichtiges, nämlich die Verpflegung. Die war weder billig noch gut.

## Unser Mitgliederstand am 1. Juni 1927

Auch der Monat Mai bringt eine Zunahme unserer Mitgliederzahl, und zwar um 1701. Damit ist unsere Mitgliederzahl von 215 529 am 1. Mai auf 217 230 am 1. Juni 1927 gestiegen. Die männlichen Mitglieder haben eine Zunahme von 1 413, die weiblichen eine solche von 288.

Von den am 1. Juni bestehenden 875 Filialen haben 678 Filialen oder 77,4 v. H. der Filialen mit 194 582 Mitgliedern gleich 89,5 v. H. der Gesamtmitgliederzahl berichtet. An der Berichterstattung fehlen 197 mit 22 648 Mitgliedern. Auf die fehlenden 197 entfallen im Durchschnitt 115 Mitglieder für jede Filiale.

An arbeitslosen Mitgliedern sind 2 581 gezählt worden gegen 3 518 im Vormonat. Damit ist eine Senkung der Arbeitslosenziffer um 939 oder 26,6 v. H. eingetreten. Entsprechend der Wirtschaftskonjunktur in der Privatindustrie senken sich auch die Arbeitslosenziffern in den öffentlich-rechtlichen Betrieben.

Die Zahlen der Kurzarbeiter sind gegenüber dem Vormonat leider auf der gleichen Höhe geblieben. Am 1. Juni sind 331 Kurzarbeiter gezählt worden gegen 366 im Vormonat.

| Wirtschaftsbezirke bzw. Gaubverwaltungen | Zahl der Mitglieder am 1. Mai 1927 | Mitgliederstand am 1. Juni 1927 |        |          | Zunahme |
|--|------------------------------------|---------------------------------|--------|----------|---------|
|  |                                    | männlich                        | weibl. | zusammen |         |
| 1. Nordwest                              |                                    |                                 |        |          |         |
| a) Bremen . . . . .                      | 5 750                              | 5 473                           | 294    | 5 767    | 3 17    |
| b) (Schleswig-H.) (Mecklenburg)          | 6 194                              | 5 241                           | 1 046  | 6 287    | 3 93    |
|  | 11 944                             | 10 714                          | 1 340  | 12 054   | 3 110   |
| 2. Hamburg . . . . .                     | 23 473                             | 19 358                          | 4 128  | 23 486   | 3 13    |
| 3. Westfalen . . . . .                   | 12 397                             | 11 269                          | 1 235  | 12 504   | 3 107   |
| 4. Rheinland . . . . .                   | 9 396                              | 8 945                           | 502    | 9 447    | 3 51    |
| 5. Rhein-Main . . . . .                  | 16 781                             | 13 970                          | 2 743  | 16 713   | 3 68    |
| 6. Rheinpfalz-Saarland . . . . .         | 3 461                              | 3 160                           | 366    | 3 526    | 3 65    |
| 7. Baden                                 |                                    |                                 |        |          |         |
| a) Karlsruhe . . . . .                   | 7 657                              | 6 992                           | 693    | 7 685    | 3 28    |
| b) Singen . . . . .                      | 978                                | 878                             | 139    | 1 017    | 3 39    |
|  | 8 635                              | 7 870                           | 832    | 8 702    | 3 67    |
| 8. Württemberg                           | 5 492                              | 5 114                           | 454    | 5 568    | 3 76    |
| 9. Bayern                                |                                    |                                 |        |          |         |
| a) München . . . . .                     | 8 745                              | 7 433                           | 1 409  | 8 842    | 3 97    |
| b) Nürnberg . . . . .                    | 6 298                              | 5 874                           | 452    | 6 326    | 3 28    |
|  | 15 043                             | 13 307                          | 1 861  | 15 168   | 3 125   |
| 10. Thüringen . . . . .                  | 5 554                              | 4 717                           | 863    | 5 580    | 3 26    |
| 11. Sachsen                              |                                    |                                 |        |          |         |
| a) Dresden . . . . .                     | 11 617                             | 9 180                           | 2 481  | 11 661   | 3 44    |
| b) Leipzig . . . . .                     | 6 971                              | 5 077                           | 2 002  | 7 079    | 3 108   |
| c) Bzdau . . . . .                       | 7 175                              | 6 201                           | 1 026  | 7 227    | 3 52    |
|  | 25 763                             | 20 458                          | 5 509  | 25 967   | 3 204   |
| 12. Mitteldeutschland                    |                                    |                                 |        |          |         |
| a) Magdeburg . . . . .                   | 7 920                              | 6 470                           | 1 543  | 8 013    | 3 93    |
| b) Halberstadt . . . . .                 | 3 436                              | 3 147                           | 312    | 3 459    | 3 23    |
|  | 11 356                             | 9 617                           | 1 855  | 11 472   | 3 116   |
| 13. Hannover . . . . .                   | 6 782                              | 6 268                           | 633    | 6 901    | 3 119   |
| 14. Schlesien . . . . .                  | 10 512                             | 8 774                           | 1 885  | 10 659   | 3 147   |
| 15. Brandenburg . . . . .                | 6 809                              | 6 173                           | 799    | 6 972    | 3 163   |
| 16. Gr.-Berlin . . . . .                 | 28 025                             | 21 713                          | 6 312  | 28 025   | —       |
| 17. Pommern                              |                                    |                                 |        |          |         |
| a) Stettin . . . . .                     | 3 679                              | 3 158                           | 548    | 3 706    | 3 27    |
| b) Kolberg . . . . .                     | 1 517                              | 1 321                           | 218    | 1 539    | 3 22    |
|  | 5 196                              | 4 479                           | 766    | 5 245    | 3 49    |
| 18. Ostpreußen . . . . .                 | 8 820                              | 8 166                           | 976    | 9 142    | 3 322   |
| Einzelmitglieder                         | 90                                 | 58                              | 41     | 99       | 3 9     |
|  | 215 529                            | 184 130                         | 33100  | 217 230  | 31701   |

### Wasserbauarbeiter

#### Alle Mann an Deck!

Betriebsräte wahlen! Dieser Ruf ist nicht mehr neu; er bedeutet das Signal zum Kampf und Generalappell aller Anhänger der freigewerkschaftlichen Betriebsräte und Abwehr von Verschlechterungen und Erringung von Verbesserungen. Am 21. Juni 1927 sollen wiederum alle Arbeiter und Angestellte der Reichswasser- und der preußischen Wasserbauverwaltung sich entscheiden, ob sie gewillt sind, ihr Vertrauen den freigewerkschaftlichen Betriebsräten auf ein weiteres Jahr zu geben. Diese Wahl wird keinem Kollegen schwer fallen, zumal die freigewerkschaftlichen Betriebsräte im abgelaufenen Jahr wiederum bewiesen haben, daß ihr Bestreben darin besteht, der Kollegenchaft mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und deren Rechte

der Verwaltung gegenüber zu vertreten. Es liegt nun in der Natur der Sache, daß durch den Aufbau der Betriebsvertretungen bei der Wasserbauverwaltung die Kollegen allgemein einen viel besseren Einblick und Einfluß in die Verwaltung und deren Betrieb im Verlauf der vergangenen sieben Jahre erhalten haben, als es vordem der Fall gewesen ist. Wenn die Kollegen keine Möglichkeit gehabt hätten, ihre Interessen gegenüber der Verwaltung zu vertreten, dann wären ihre Arbeitsverhältnisse zweifellos noch trauriger geworden, als sie zurzeit schon sind. Solange die Verreichlichung der Wasserstraßen noch nicht durchgeführt ist, konnte eine grundsätzliche Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse der Arbeitnehmer der Wasserbauverwaltungen nicht so erfolgen, wie es im Interesse der Kollegen erwünscht ist. Es besteht aber begründete Aussicht, daß die Verreichlichung der Wasserstraßen in absehbarer Zeit zur Durchführung gelangt. Nachdem dies geschehen ist, haben die Betriebsräte noch große Aufgaben im Interesse der Kollegen zu erfüllen. Die Rechte und Aufgaben der Betriebsvertretungen verlangen mit zwingender Notwendigkeit ein Maß von Bildung und Wissen. Für das Ansehen und die Stellung, die sich der einzelne Betriebsrat bei der Verwaltung schafft, ist besonders seine Persönlichkeit maßgebend. Seinem Wesen und seinem Verhalten entsprechend wird er von seinen Dienstvorgesetzten behandelt werden. Achtung wird ihm erst dann entgegengebracht werden, wenn er sie durch seine persönlichen Eigenschaften erzwingt. Von den Rechten, die wir besitzen, müssen wir aber Gebrauch machen. Gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlich-politischen Situation, die grell erleuchtet wird durch die fortgesetzten Angriffe auf den Achtstundentag, auf die Löhne und Gehälter, auf die soziale Gesetzgebung, auf die Rechte der Betriebsräte, auf alle Errungenschaften der Arbeitnehmer.

Da die Reichs- und Staatsarbeiter und Angestellten aus der Vergangenheit gelernt haben, daß allein der energische von der freien Gewerkschaft organisierte Kampf ihre Arbeitsverhältnisse bessern kann, so können sie nur fortschrittliche Kollegen als Betriebsratsmitglieder wählen. Die Wasserstraßenarbeiter und -angestellte wissen auch, daß mit demagogischen Redensarten wie „christlicher, sittlicher und nationaler Volksgemeinschaft“ das Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministerium als Lohn- und Gehaltsdiktatoren nicht gezwungen werden, die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erträglicher zu gestalten, trotzdem jetzt der Reichsverkehrsminister aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften bzw. der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft ist. Wenn die Wasserbauarbeiter und -angestellten die Betriebsräte der christlichen Gewerkschaften wählen würden, so beweisen sie damit, daß sie mit einer ewigen Unterdrückung und Ausbeutung zufrieden sind und an der Befreiung der arbeitenden Bevölkerung nicht mitspielen wollen, das heißt also, sie wollen Sklaven bleiben. Die von der „Deutschen Wasserstraßengewerkschaft“ gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte der Wasserbauverwaltung gebrachten Unterstellungen über „Versagen“ derselben, sind bewußte Irreführung, da der Leitung dieser Nachgewerkschaft genau bekannt ist, daß die auf ihre Richtung eingestellten politischen Kreise die Urheber aller der für das Wasserbaupersonal eingetretenen Verschlechterungen sind. Die gegenwärtige Zeit bedeutet für die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zielbewusstes Arbeiten und dieses wiederum Kampf mit den Gegnern. Nicht umherwerfen mit Redensarten kann die werktätigen Volksschichten vor Unterdrückung schützen, sondern nur ein einiges, starkes, festgeschlossenes Auftreten wird die durchaus nicht einsichtig und rücksichtslos veranlagte Reaktion in Schranken halten können und auch den Arbeitnehmern in Reichs- und Staatsbetrieben eine angemessene Lebenshaltung sichern. Am 21. Juni gilt es daher nicht nur die freigewerkschaftliche Liste zu wählen, sondern es ist Ehrenpflicht eines jeden freigewerkschaftlich organisierten Arbeiters und Angestellten, dafür zu sorgen, daß der letzte Arbeiter und Angestellte den freigewerkschaftlichen Organisationen als Mitglied zugeführt wird. Jeder Wasserbauarbeiter und -angestellte, der am 21. Juni d. J. der freigewerkschaftlichen Liste seine Stimme gibt, kämpft damit für die Stärkung des Einflusses der Betriebsräte, für gleiches Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung, für eine grundlegende Verwaltungsreform, für Beseitigung der reaktionären Bürokraten, für Hebung der Wirtschaftlichkeit der Staatsbetriebe, für Ausbau der sozialen Fürsorge, für Aufhebung des Personalabbaues, gegen die Machtergreifung der Reaktion. Nun Kollegen, an die Arbeit, denn Wahlrecht ist Wahlpflicht! Kein Wasserbauarbeiter darf sich der Stimme enthalten. Geschlossenheit ist der Sieg! Darum wählt jeder fortschrittliche preussische Wasserbauarbeiter und -angestellte zur Hauptbetriebsratswahl am 21. Juni

#### Liste I.

Jeder Reichswasserstraßenarbeiter wählt zur Hauptbetriebsratswahl die Liste I und jeder Reichswasserstraßenangestellte die Liste II.

Die Wahl muß einen überwältigenden Sieg des freien Gedankens, des sozialen Fortschritts bringen — also einen Sieg der freien Gewerkschaften.

Wie wird am 21. Juni gewählt?

Zur bevorstehenden Wahl der örtlichen Betriebsräte und Obleute, der Bezirks- und Hauptbetriebsräte im Bereich der Reichswasserstraßen- und Preussischen Wasserbauverwaltung ist folgendes besonders zu beachten:

Wer ist wahlberechtigt?

Wahlberechtigt sind alle am Wahltag mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die am Tage der Wahl mindestens sechs Monate bei der Reichswasserstraßen- oder Preussischen Wasserbauverwaltung tätig sind.

Wie muß der Stimmzettel aussehen?

Die Stimmzettel für die Wahl der Hauptbetriebsräte sind für das Reich und Preußen rot (10 mal 12 Zentimeter groß).

Die Stimmzettel für die Wahl der Bezirksbetriebsräte sind für das Reich grün (auch 10 mal 12 Zentimeter groß). Für Preußen findet keine Bezirksbetriebsratswahl statt.

Die Stimmzettel für die Wahl der örtlichen Betriebsräte und Obleute sind weiß (auch 10 mal 12 Zentimeter groß).

Wie erfolgt die Stimmenabgabe?

Jeder Wähler darf nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten stimmen. Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt getrennt nach Arbeitern und Angestellten. Der Wähler hat seine Stimmzettel für die Wahl zum örtlichen, Bezirks- und Hauptbetriebsrat in einem Wahlumschlag abzugeben. Der Wahlumschlag wird von der Verwaltung durch den Wahlvorstand vor der Wahl überreicht.

Ist ein Wähler aus dienstlichen oder wichtigen persönlichen Gründen verhindert, am Wahltag seine Stimme abzugeben, so kann er den Wahlumschlag mit dem Stimmzettel in einem zweiten, verschlossenen und mit seinem Namen versehenen Umschlag einem Mitgliede des Wahlvorstandes schon frühestens am sechsten Tage vor der Wahl persönlich übergeben.

Wenn an Orte nur eine oder überhaupt keine Vorschlagsliste zur Wahl des örtlichen Betriebsrats eingereicht ist, muß trotzdem eine Beteiligung an der Wahl der Bezirks- und Hauptbetriebsräte durch die Kollegen stattfinden.

Wie erfolgt die Ermittlung des Wahlergebnisses?

Die Wahlvorstände oder Wahlleiter für die Wahl der örtlichen Betriebsräte und Obleute, denen auch die Beforgung der örtlichen Wahlgeschäfte für die Bezirks- und Hauptbetriebsratswahlen obliegen, haben nach Schluß der Wahl das Ergebnis jeder Wahl zu ermitteln, und zwar spätestens, laut § 17 der Wahlordnung, am anderen Tage der Wahl. Die Feststellung der Ergebnisse für die Wahl des Bezirks- und Hauptbetriebsrats muß im ersten Falle laut § 31 binnen einer Woche nach dem Wahltag und für die Wahl des Hauptbetriebsrats, laut § 34 der abgeänderten Wahlordnung, binnen drei Wochen nach dem letzten Wahltag erfolgen.

Nun, Kollegen, ans Werk, intensive Wahlarbeit verbürgt den Sieg!

### ◆ Gas, Wasser, Elektrizität ◆

Zur Jahresversammlung der Gas- und Wasserfachmänner. In der Zeit vom 15. bis 17. Juni findet in Kassel die 68. Jahresversammlung des Vereins der Gas- und Wasserfachmänner statt. In Anbetracht des großen Interesses, das die Allgemeinheit den zurzeit schwebenden Gasfernversorgungsplänen entgegenbringt, wird die Frage der Gasfernversorgung auf dieser Tagung eine hervorragende Rolle spielen. Professor Dr. Bunte-Karlsruhe spricht über Anforderungen an die Gleichmäßigkeit des Gases in den einzelnen Versorgungsgebieten und Direktor Müller-Hamburg über den Stand der Ferngasversorgungsfrage. Ueber Erzeugungs- und Verteilungskosten des Gases wird Direktor Dipl.-Ing. Schumacher sprechen. Ferner werden Vorträge gehalten über „Fortleitungs-widerstand in Gasrohrleitungen“, die „Normung der Gasmesser und der Gasmesseranschlüsse“, „Abgase der Gasgeräte und ihre Abführung“, außerdem über „Typhusepidemien und Trinkwasserleitungen“ und über den „Stand der Normung für das Gas- und Wasserfach“. Die Tagung wird also ein großes Arbeitspensum zu erledigen haben. Der „Deutsche Verein von Gas- und Wasserfachmännern“ wurde im Jahre 1859 als eine der ersten Vereinigungen deutscher Fachingenieure gegründet, ist somit nur ein Jahr jünger als der 1858 ins Leben gerufene bekannte „Verein Deutscher Ingenieure“. Als Ziel hat er sich gesetzt: Förderung des Gas- und Wasserfaches, gemeinsames Arbeiten in wissenschaftlicher und technischer Richtung, Ausführung von Versuchen, Austausch von Betriebsergebnissen usw. Im Verfolg dieser Ziele gibt er die Zeitschrift „Das Gas- und Wasserfach“ heraus, die bereits im 70. Jahrgang erscheint und als eine der ersten Fachzeitschriften in Europa gilt; weiterhin unterhält er eine Lehr- und Versuchsgasanstalt. Die Organisation des Gasfaches ist im Laufe der Jahrzehnte weit über den Rahmen des ursprünglichen Vereins herausgewachsen. Den besonderen Bedürfnissen entsprechend wurde die Akiengesellschaft „Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke“ und das „Gaslotsyndikat“ gegründet, die mit ihren Untergesellschaften den Verkauf von Rost und der übrigen Nebenzeugnisse, die bei der Gas-

erzeugung anfallen, betreiben. Jährlich einmal kommen die Mitglieder zusammen, um Rechenschaft über die Erfolge des letzten Jahres abzulegen und den Arbeiten für die kommende Zeit Ziel und Richtung zu geben. An der Tagung in Kassel werden zirka 800 Teilnehmer aus dem gesamten Reichsgebiet teilnehmen, darunter allein 450 Direktoren aus Gas- und Wasserwerken. Außerdem ist auf der Jahresversammlung Oesterreich, Ungarn, Schweden, Tschechoslowakei, Holland und Dänemark vertreten. Es wird insgesamt mit weit über 1000 Teilnehmern zu rechnen sein. Ob es möglich sein wird, auf einer solchen Rieserversammlung die aktuellen Tagesfragen im Gas- und Wasserfach ihrer Wichtigkeit entsprechend zu behandeln, wird der Verlauf der Tagung zeigen. Die Tagung wird für die Bevölkerung und insbesondere für die Arbeitnehmerschaft der Gas- und Wasserwerke von großer Bedeutung sein. Nach Beendigung der Tagung werden wir über den wichtigsten Teil berichten.

J. D.

## ◆ Theaterarbeiter ◆

**Zweite Theaterarbeiter-Konferenz.** In Magdeburg findet gegenwärtig, und zwar bis einschließlich Oktober 1927 eine Theaterausstellung statt. Bei den in den Theaterbetrieben beschäftigten Kollegen wurde daher wiederholt der Wunsch laut, diese Ausstellung dazu zu benutzen, um die Theaterarbeiter wieder einmal zu einer Konferenz zusammenzubringen. Der Verbandsvorstand hat sich dann auch dazu bereit erklärt. Die Konferenz wird nunmehr am Sonntag, den 31. Juli und Montag, den 1. August 1927 zur 2. Theaterarbeiterkonferenz stattfinden. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Referat über „Moderne Bühnentechnik“, 2. Referat über „Die Organisations- und sozialen Verhältnisse der Theaterarbeiter“ und 3. „Die soziale Gesetzgebung und die Theaterarbeiter“. Neben den vom Verbandsvorstand zu entsendenden Delegierten ist es den Filialen gestattet, Gastdelegierte zu entsenden. Desgleichen haben auch die von den einzelnen Theaterverwaltungen entsandten Delegierten die Berechtigung, an der Konferenz teilzunehmen. Die Abwicklung der Konferenz ist so gedacht, daß der erste Tag für die Verhandlungen, der 2. Tag für die Besichtigung der Ausstellung bestimmt ist. Alle auf die Delegation Bezug nehmenden Fragen, Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Orte usw. sind auf dem Zirkularweg den Bezirksleitern zur Kenntnis gebracht worden. In allen die Theaterarbeiterkonferenz betreffenden Fragen haben sich die Filialleitungen deshalb an ihren zuständigen Wirtschaftsleiter zu wenden.

## ◆ Landstraßenwärter ◆

**Liegnitz.** In der letzten Versammlung der Gruppe Straßenwärter wurde der Wunsch ausgesprochen, die nächste Versammlung in Groß-Baudis abzuhalten, um auch den besonders weit abgelegenen Kollegen den Besuch zu ermöglichen. Am 15. Mai wurde nun im Gasthaus zur Stadt Straßburg eine sehr gut besuchte Versammlung abgehalten. Aus allen Bezirken waren die Kollegen anwesend. Der Rassenbericht vom 2. Quartal wurde vom Kassierer Scheidt gegeben. Kollege Hoffmann berichtete dann von der Lohnverhandlung und teilte mit, daß drei Pfennige mehr ab 1. April gezahlt werden und zwei Pfennige dazu ab 1. Oktober. Jedoch geht ein Pfennig bei Einführung einer Ruhehochnormierung wieder ab. Unter „Verschiedenes“ wurde festgelegt, daß in der nächsten Versammlung ein Fachmann einen Vortrag über „Baum- und Straßenpflege“ halten möge. Zu der Versammlung am 19. Juni im Volkshaus in Liegnitz sind die Kollegen auch aus anderen Kreisen eingeladen. Zwei neue Kollegen traten dem Verbands bei.

B. H.

## ◆ Aus unserer Bewegung ◆

**Gaukonferenz Hannover.** Am 29. Mai 1927 fand in Hannover-Münden die 10. Gaukonferenz für den Bezirk Hannover statt. Neben 39 Delegierten, 8 Gästen und 2 Gauleitern war vom Verbandsvorstand der Kollege Müntner erschienen. Kollege Meißner gab den Tätigkeitsbericht. Er schilderte die einzelnen Phasen der Lohn- und Tarifbewegungen der in Frage kommenden Arbeitnehmergruppen. Für die städtischen Arbeiter war es im Jahre 1926 nicht möglich, eine Lohnbewegung mit Erfolg zu Ende zu führen. Die am Schluß des Jahres 1925 eingereichte Lohnforderung von 10 Pf. pro Stunde mußte zurückgezogen werden. Schuld daran war erstens die Einstellung des kommunalen Arbeitgeberverbandes, der sich hinter der Ausrede verschanzte, die Stadtverwaltungen könnten eine Erhöhung der Löhne nicht tragen, und zum anderen drücken die noch immerhin beträchtlich hohen Arbeitslosenziffern auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der im Arbeitsprozeß stehenden Arbeitnehmer. Inzwischen war dann auch vom Reichsarbeitgeberverband der R.M.L. gekündigt worden. Die Verhandlungen über einen neuen R.M.L. gestalteten sich

äußerst schwierig. Nach dem Zustandekommen waren die Verhandlungen über den Zusatztarifvertrag von einem ebenso unglücklichen Stern begleitet. Die nach Angaben des Arbeitgeberverbandes „weitgehenden Forderungen der Arbeitnehmer“ machten erst „umfangreiche Rückfragen“ des Arbeitgeberverbandes erforderlich. Troßdem ist es dann gelungen, die „umfangreichen Forderungen“ der Arbeitnehmer durchzudrücken. Abgesehen davon, daß die Kollegen zu Weihnachten eine einmalige Zulage in Höhe eines Wochenlohnes erhalten haben, ist es zu einer Erhöhung der Löhne im allgemeinen nicht mehr gekommen. Dieselben Schwierigkeiten machten sich auch bemerkbar bei den Forderungen der Landstraßenwärter und bei denen für das Personal der Krankenanstalten. Für die letzte Gruppe konnte ein noch immerhin als gut zu bezeichnender Bezirkstarifvertrag abgeschlossen werden. Unverständlich bleibt aber bis heute noch, daß den Verhandlungen über das Zustandekommen des Vertrages eine in seinem Fach anerkannte Kapazität wie Dr. Ziegler-Hannover den größten Widerstand entgegenzusetzen konnte. Ueber die Mitgliederbewegung berichtete der Kollege Brand. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Mitgliederbewegung als gut zu bezeichnen ist. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben alle Filialen im letzten Jahre eine günstige Entwicklung gezeitigt. Die Zahl der zahlenden Mitglieder gegenüber den buchmäßigen hat sich wesentlich gebessert. Im Jahresdurchschnitt sind 93 Proz. zahlende Mitglieder zu verzeichnen. Das Resultat ist gut. Hieran knüpfte sich eine lebhaft ausgeprägte, aus der hervorging, daß nur durch die Geschlossenheit der Arbeitnehmer bessere Erfolge zu erhoffen sind. — Kollege Müntner fesselte darauf die Anwesenden in einem Vortrage über seine Erlebnisse anlässlich seiner Ameritareise. In einer dem Referenten eigenen Vortragsweise verstand er es ausgezeichnet, den Delegierten das im amerikanischen Wirtschaftsprozeß liegende Gute sowie auch die Schattenseiten deselben vor Augen zu führen.

**Die Tarifbewegung der Kreisstraßenwärter im Gau Kolberg.** Hinterpommern und die anschließende Grenzmark ist für die Arbeiterbewegung schon immer ein sehr steiniger Boden gewesen. Das trifft ganz besonders für das platte Land zu. Troßdem ist es der Organisation gelungen, für die Kreisstraßenwärter der Kreise Schlochau (Grenzmark), Bublitz, Neustettin und Rummelsburg (Pommern) Tarifverträge abzuschließen. Dieser Erfolg ist vor allen Dingen der Treue zu danken, die unsere Kollegen der Organisation trotz aller Schwierigkeiten bewahrt haben. Die Zusammenfassung der Kreisförperschaften ist mehr als ungünstig für unsere Bestrebungen. Seit Jahren hat sich die Organisation bemüht, zum Tarifabschluß zu kommen, doch mußten wir uns bisher infolge der ungünstigen Verhältnisse mit kleinen sogenannten Abschlagszahlungen zufriedengeben. Nachdem für den Kreis Schlochau die automatische Uebernahme der gesamten Tarifvereinbarung der preußischen Verwaltungsarbeiter (Klasse II Ortsklasse D) erreicht war, regten sich auch die Kreisstraßenwärter in den Kreisen Neustettin, Rummelsburg und Bublitz. Am 15. Juni 1926 wurden den Kreisauschüssen dieser drei Kreise einheitliche Anträge auf Tarifabschluß eingereicht. Die satzungsmäßig bekannte Verschleppungs- und Verzögerungstaktik setzte wieder ein. ... Daneben sangen die Kreisauschüsse Klagelieder über die angeblich trostlose Finanzlage. Diese Lieder hört man selbstverständlich nur dann, wenn es sich um die schlechtestbezahlten Beschäftigten handelt. Auf dem Wege der friedlichen Verständigung wurden keine genügenden Zugeständnisse erzielt. Die Gauleitung rief daher am 24. August 1926 den Schlichtungsausschuß an. Für die Kreise Rummelsburg und Bublitz wurden für uns günstige Schiedssprüche gefällt, die aber selbstverständlich von den Kreisauschüssen als untragbar abgelehnt wurden. Die beantragte Verbindlichkeit führte durch die von der Regierung Köstlin geführten Einigungsverhandlungen zu einem immerhin erfolgreichen Tarifabschluß. Der Kreis Neustettin einigte sich auf Grund dieser Tatsache mit der Organisation, ohne die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses. Gewiß gingen noch viele Wochen ins Land, bis sich die Kreisauschüsse wirklich bequemten, die Tarifverträge zu unterzeichnen. Diese Wochen, man kann sagen Monate, waren eine harte Belastungsprobe für unsere Organisation. Einige Kollegen wurden mutlos. Doch die Treue und die Ausdauer der großen Mehrzahl der Kollegen hat uns ans Ziel geführt. Bis auf die Entlohnung sind die Tarifvereinbarungen für die drei Kreise dieselben. Anerkennung der Organisation und der Betriebsvertretung sind im Tarifvertrag verankert. Die Festsetzung des Achtstundentages bedeutet einen ungeheuren Kulturfortschritt, betrug doch die Jahres-Arbeitsstundenzahl vor dem Kriege 3484 Stunden, jetzt durch den Tarifabschluß 2496 Stunden. Das sind 988 Stunden weniger im Jahre. Für Ueberstunden werden 25 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit 60 Proz. gewährt. Akkordlöhne sind mit der Betriebsvertretung zu vereinbaren. Jeder Wärter erhält einen Erholungsurlaub von 14 Kalendertagen. Fortzahlung des Lohnes in besonderen Fällen nach den Bestimmungen der preußischen Verwaltungsarbeiter. Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen bis auf die Dauer von 13 Wochen. Der Lohn für zwei Kalenderwochen wird bei Sterbefällen den Hinterbliebenen der Wärter gewährt. Die Gewährung der Nebenbezüge (Grasnutzung, Abfallholz, Fahrradentschädigung, Dienstmühe usw.) sind tariflich geregelt. Bierwöchentliche Kündigungsfrist für das Dienstverhältnis. Das sind die wichtigsten Bestimmungen der Tarifverträge. In der Entlohnung steht Neustettin an erster Stelle. 75 bzw. 90 Proz. der Befolgungs-

gruppe I der Beamtenbefoldungsordnung und des Wohnungsgeldzuschusses, daneben die vollen Sätze der Frauen- und Kinderzulagen der Beamten. Rummelsburg gewährt neben 90 Proz. der Befoldungsgruppe I und des Wohnungsgeldzuschusses nur 30 Proz. der Kinderzulagen. Publiß hat neben nur 75 bzw. 80 RM. Monatslohn, 50 Proz. der Kinderzulagen für Beamte. Gleiche Entlohnung in den drei Kreisen wird das nächste Ziel sein. Daß dieses möglich ist, haben die Neustettiner Kollegen durch ihre geschlossene gewerkschaftliche Front bewiesen. Als Abschluß der Tarifbewegung fand am Sonntag, den 8. Mai, in Neustettin (Gewerkschaftshaus) eine starkbesuchte gemeinsame Versammlung der Kollegen der Kreise Schlochau, Neustettin, Rummelsburg und Publiß statt. Die imposante Versammlung, die durch Gesang des Arbeitergesangsvereins Neustettin eingeleitet wurde, gestaltete sich zu einer wichtigen und eindrucksvollen Kundgebung für die Arbeiterbewegung und die Republik. Die Hauptreferate hielten Landtagsabgeordneter Genosse Hartwig, Stettin (SPD.) und Kollege Ostwald, Kolberg. Die Genossen Hofmann und Thurow, Neustettin, berichteten eingehend über ihr Wirken in den Kreis Körperschaften. Alle Redner fanden dankbare Zuhörer und ernteten lebhaften Beifall. Der Erfolg dieser Versammlung hat sich bereits durch einen erfreulichen Mitgliederzuwachs ausgemirkt. Unsere nächste Aufgabe wird sein, durch gemeinsame unermüdlige Aufklärungsarbeit die noch fehlenden Kreise im Gaugebiet reis für den notwendigen Tarifabschluß zu machen. Wir dürfen an diese Arbeit mit den besten Hoffnungen herangehen. Deshalb ergeht der Ruf an alle Kreisstraßenwärtler: Kollegen, schließt die Reihen! Tretet ein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Kassel. In vollbesuchter Versammlung nahmen die Kollegen und Kolleginnen der hiesigen Schutzpolizei den Bericht des Kollegen Fehr über die abgeschlossene Lohnbewegung der preußischen Staatsarbeiter entgegen. Besonders hart kritisiert wurde die leider jetzt schon bald zur Dauererscheinung gewordene Tatsache, daß Reich und Staat von allen Arbeitgebern scheinbar diejenigen sind, die den Ehrgeiz darin sehen, ihren Arbeitern die niedrigsten Löhne zu zahlen. Mit Erbitterung wurde das Resultat hingenommen und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es den Organisationen gelingen werde, bei der nächsten Lohnbewegung endlich einmal einen Ausgleich an die vergleichbaren Löhne anderer Arbeitergruppen, insbesondere der kommunalen Arbeiter, herbeizuführen. Besonders stark kam aber in dieser Versammlung die Erkenntnis zum Ausdruck, daß eine im Interesse der Staatsarbeiter liegende Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur dann möglich sein wird, wenn die preußischen Staatsarbeiter in Gemeinschaft mit den Reichsarbeitern dazu übergehen, sich in ihren Berufsorganisationen zusammenzufinden. Nur wenn die Organisationsmüdigkeit und -flauheit unter den Reichs- und Staatsarbeitern einmal endgültig beseitigt wird, wird es möglich sein, auch auf dem Gebiete der Löhne für die Staatsarbeiter Wandel zu schaffen. Mit dem Gelöbnis, alles daranzusetzen, daß dieses Ziel erreicht wird, nahm die Versammlung ihren Ausgang.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

Eisenbahner. Wie wir dem Organ des Einheitsverbandes „Der deutsche Eisenbahner“ entnehmen, hat eine Verbandsbeiratsitzung des DEB. am 21. und 22. Mai 1927 in Jena stattgefunden, die sich u. a. mit der Schaffung eines Industrieverbandes beschäftigte. (Verschmelzungsbestrebungen der vier Verbände: Verkehrsbund, Deutscher Eisenbahner-Verband, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Maschinisten- und Heizer-Verband, D. R.). Der Vorsitzende Scheffel berichtete über den Stand der Verhandlungen und über den Aufbau der neuen Organisation. Die Regelung der auftauchenden Fragen sei nicht so einfach, weil zwischen einzelnen Verbänden hinsichtlich der Abgrenzung wichtiger Berufsgruppen noch ein Streit bestehe. Zum Ueberflus hat es den Anschein, daß es einem der Verbände aus dem Kartell nicht ernst mit der Vereinigung ist (gemeint ist der Maschinisten- und Heizer-Verband, der bekanntlich seinen Kartellvertrag von 1908 mit dem Metallarbeiter-Verband erneuert hat, D. R.). Die Verhandler aus dem Vorstande hätten, den Beschlüssen der Verbandsinstanzen folgend, bisher die Sache zu fördern gesucht. Es sei notwendig, daß dem Vorstand bei der veränderten Sachlage neue Vollmachten erteilt würden. In der Aussprache wurde das Verhalten des anscheinend sich absondernden Verbandes von keiner Seite gutgeheißen. Im übrigen wurde jedoch betont, daß die Vorstände bei ihrer Vorbereitungsarbeit erst alle Differenzpunkte beseitigen müßten, damit es bei der Vereinigung keine neuen Streitpunkte gebe. Die Sache sei ja nicht dringend, und der nächste Verbandstag in Frankfurt a. M. würde das dann vorliegende Resultat begutachten können. Die letzte Entscheidung hätten schließlich die Mitglieder selbst. Jedenfalls werde die Frankfurter Tagung die Urabstimmung beschließen. Es wurde auch der Wunsch laut, daß eine der im Kartell vereinten Gewerkschaften in der Zusammenarbeit eine andere Taktik einschlagen möge, um nicht das erstrebte Ziel zu gefährden. Nach einem kurzen Schlußwort Scheffels wurde bei einer Stimmenthaltung beschlossen, die Verhandlungen fortzusetzen, in dem Sinne, daß eine künstliche Beschleunigung vermieden wird.

## Rundschau

**Verlängerung der Wochenendausstellung!** Allgemeine Ermäßigung der Eintrittspreise, Einführung von Familientarten! Das Berliner Messeamt hat sich heute entschlossen, die Wochenendausstellung, die sonst am letzten Sonntag geschlossen hätte, über den 12. Juni hinaus zu verlängern im Hinblick darauf, daß die interessante Schau bis heute ihre Zugkraft unvermindert behalten hat und ihre Fortdauer zweifellos einem in weiten Kreisen des Publikums bestehenden Wunsche entgegenkommt. Die Verlängerung der Ausstellung gewinnt dadurch besondere Bedeutung, daß die Ausstellungsleitung gleichzeitig in der Lage ist, eine generelle Herabsetzung der Eintrittspreise vom heutigen Tage ab bekanntzugeben. Der Eintrittspreis für Erwachsene beträgt ab heute 1 Mk., für Jugendliche bis zu 18 Jahren 50 Pf.; darüber hinaus sind Familientarten neu eingeführt, gültig entweder für drei Erwachsene oder für zwei Erwachsene und zwei Jugendliche zum Gesamtpreis von 2 Mk., sowie Erwerbslosenarten gegen Vorweis der Stempelfarte zum Preise von 30 Pf. Von der Verlängerung der eigentlichen Wochenendausstellung wird nicht betroffen der Berliner Schneepalaß, der aus technischen Gründen am 12. Juni 1927 seine Pforten schließen muß.

**Das Gesamtergebnis der Betriebsrätewahlen in den städtischen Betrieben Rheinland-Westfalens.** Vor wenigen Wochen erschien in der schwerkapitalistischen Rheinisch-Westfälischen Zeitung wie auch in der kölnischen Zeitung eine Notiz, in der mit sichtlichem Behagen der erlauteten Oeffentlichkeit mitgeteilt wurde, daß bei den Betriebsrätewahlen in Münster i. W. die freien Gewerkschaften durch den Verlust eines Mandates eine schwere Niederlage erlitten hätten. Seitdem ist in diesen Zeitungen über die Betriebsrätewahlen in den Großstädten des Industriegebietes kein Wort mehr zu lesen gewesen. Nunmehr liegen aus dem umfangreichen Gebiet, soweit es zum Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden zu rechnen ist, die genauen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen vor. Rund 23 000 Beschäftigte sind bei diesen Ergebnissen erfaßt worden, und es muß mit Genugtuung festgestellt werden, daß in diesem Jahre in einer großen Anzahl kleinerer Gemeinden die dortigen Arbeiter von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, wodurch die Gesamtzahl der zu wählenden Betriebsräte wesentlich gestiegen ist. Insgesamt wurden gewählt 718 Betriebsräte und Betriebsobleute. Davon fallen auf die freien Gewerkschaften 594, von denen allein 567 dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehören. 111 Gewählte zählen sich zu den christlichen Gewerkschaften und 13 gelbe und indifferente Betriebsratsmitglieder wurden festgestellt. Gegenüber dem Vorjahre ist der Anteil der freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder an der Gesamtzahl von 80 auf 84 Proz. gestiegen. Am deutlichsten tritt die große Ueberlegenheit des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gegenüber der christlichen Organisation in den zehn Großstädten des Industriegebietes zutage. Hier haben 17 974 Beschäftigte 505 Betriebsräte gewählt, von denen allein 437 dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und nur 68 der christlichen Organisation angehören. Das Resultat ist ein erneuter Beweis, daß in den kommunalen Betrieben die übergroße Mehrheit aller Beschäftigten in dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter ihre Interessenvertretung sieht. Das Ergebnis ist aber zu gleicher Zeit die beste Widerlegung der von der Schwerindustrie verbreiteten Meinungen, als sei der freigewerkschaftliche Einfluß im Industriegebiet mehr und mehr am schwinden. Unsere Kollegen werden aus diesem Resultat neue Kraft und neuen Willen zur weiteren Arbeit am Ausbau der Organisation schöpfen.

## Ortsangestellter gesucht!

Die Filiale Frankfurt a. Main sucht für ihr Ortsbureau einen männlichen Ortsangestellten

zum sofortigen Eintritt. Bewerber für diesen Posten müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrschen und organisatorische und agitatorische Fähigkeiten besitzen. Sie sollen mindestens 5 Jahre freigewerkschaftlich und politisch organisiert sein und mindestens 3 Jahre unserem Verbands angehören. Die Gehaltsfestsetzung erfolgt auf Grund freier Vereinbarung, jedoch wird ein Mindestlohn von monatlich 350 Mk. garantiert. Die definitive Anstellung erfolgt nach erfolgreicher Ableistung einer Probezeit von 6 Wochen.

Bewerbungsschreiben mit beigefügtem Lebenslauf und einer Abhandlung über die Tätigkeit eines Ortsangestellten sind handschriftlich abgefaßt mit der Bemerkung „Bewerbung“ spätestens bis zum 25. Juni 1927 an das Ortsbureau Frankfurt a. Main, Altherbergenstraße 57 III, einzureichen. Angabe des frühesten Eintrittstermins ist erwünscht.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter F. M. Antner, Verantwortl. Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SO. 33, Schleißer Str. 42